

(Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

(A) Stimme? - Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

**3 Lehrerausbildung in NRW reformieren
- Schulformbezogene Lehrerausbildung einführen**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2732

In Verbindung damit:

"Menschen mit großer Klasse - Lehrer in NRW"
Attraktivitätskampagne für den Lehrerberuf müssen Taten folgen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1864

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Schule und Weiterbildung
Drucksache 13/2747

(B) Und:

Gesetz über die Ausbildung für Lehrämter an öffentlichen Schulen (Lehrerausbildungsgesetz - LABG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/2084

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Schule und Weiterbildung
Drucksache 13/2741

zweite Lesung

Ich weise hin auf die **Berichtigung Drucksache 13/2751** zu der Beschlussempfehlung Drucksache 13/2741 sowie auf den **Entschließungsantrag Drucksache 13/2775** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der CDU dem Kollegen Solf das Wort.

(C) **Michael Solf (CDU):** Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Veröffentlichung von PISA-E hat einige faszinierende Konsequenzen. Im "Focus" sehen wir unseren geschätzten Ministerpräsidenten in der vorletzten Bank sitzen. Der geschätzte Herr, der bis kurz vor der Erhebung der PISA-Daten noch Ministerpräsident von Niedersachsen war, gerade der wirft den Ländern Versagen in der Bildungspolitik vor. Die noch viel geschätztere Bundesbildungsministerin, deren Name nur Eingeweihten ein Begriff ist, erklärt, sie werde den Bundesländern jetzt auf die Sprünge helfen.

(Dietrich Kessel [SPD]: Das ist aber billig! -
Zuruf von der CDU: Da hat er Recht!)

Unsere fast noch mehr geschätzte Schulministerin findet bei "Westpol" ausgiebig Gehör und gibt bekannt, auf den PISA-E-Befunden könne man aufbauen. Fürwahr: Von weit unten aus kann man gut aufbauen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD:
Ach!)

Unser Land nur Mittelmaß und abgehängt!

(D) Hinter dem Wortgeklingel der mehr oder weniger Berufenen, der Spätberufenen und der ganz spät Berufenen steht im Wesentlichen nur eine Frage: Wie kommen wir aus diesem Schlamassel wieder heraus? Die Antwort lautet: Wir müssen zuvörderst bei der Lehrerausbildung handeln. Hier liegt der Schlüssel.

(Beifall bei der CDU)

Wie die Lehrerausbildung sein muss, beschreibt der vor uns vorgelegte Antrag 13/2732. Er bündelt alle Anforderungen an eine zukunftsorientierte Lehrerausbildung. Seine Kernpunkte haben wir Ihnen schon wiederholt nahegebracht.

Eines dürfen Sie mir glauben: Ich hätte mir einen Konsens gewünscht, und zwar keinen Konsens im Sinne einer alles zuleisternden Harmoniesoße, sondern einen Konsens im Sinne eines klaren Signals an die Schulen: Schaut, endlich hören die da oben auf mit den Ritualtänzen um ihre goldenen Kälber und kümmern sich wieder um das Wesentliche!

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Fangen Sie doch einmal an!)

(Michael Solf [CDU])

- (A) Aber diesen Konsens - das musste ich lernen - haben Sie nicht gewollt. Sie haben auch nicht auf die vielen Hinweise aus Schule, Seminar und Hochschule hören wollen. Ihr Hauptziel war die Schadensbegrenzung innerhalb der zerbröselnden Regierungskoalition. Wagenburgmentalität anstelle von Offenheit: Sie haben nur laviert. Ihr Gesetzentwurf ist unverbindlich. Hinter all dem steht die ultimative Drohung: Näheres wird durch Rechtsverordnung geregelt. Früher waren die Grünen bei so etwas noch grün.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Die Kernfrage lautet doch: Wie kann man ein auf zügiges Absolvieren angelegtes - ich betone - wissenschaftliches Studium frühzeitig und obligatorisch mit erziehungswissenschaftlichen Elementen und vor allem mit schulpraktischen Übungen unterfüttern, ohne dass dabei gleich die Wissenschaftlichkeit verloren geht? Aber in Ihrem Gesetzentwurf fehlt es an klaren Aussagen über die zu verbessernde Abstimmung zwischen Universität und Seminar.

- (B) Die Seminare, in denen gerade die Fachleute für Theorie und Praxis arbeiten, wollen wir in ihrer Bedeutung wesentlich stärken, und zwar verbindlich. Wir wollen viel mehr schulpraktische Übungen als bisher, aber diese bitte, mit Vor- und Nachbereitung und nicht als Vorhang, um zu verschleiern, dass Lehrerstellen nicht besetzt sind. Auch kann ein Lehrerausbildungsgesetz, in dem die Fortbildung - gerade die Fortbildung in der Berufseingangsphase - so lieblos abgehandelt wird wie in Ihrem Gesetzentwurf, nicht zukunfts-fähig sein.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Sehr geehrte Frau Ministerin, zerstört haben Sie den Konsens in der Frage einer schulformbezogenen Ausbildung. Wir wollen den auf die jeweilige Schulform spezialisierten Lehrer und die Lehrerin, die präzise gewappnet ist für die Aufgaben, die auf sie zukommen. Was es bei Frau Behler an teils schüchternen, teils vollmundigen Ansätzen gab, wurde von den Hardlinern unter Ihnen plattgetrampelt.

Das Fazit heute: Rot-Grün hat unter Zuhilfenahme vieler schöner Worte die vielen schönen Worte der Frau Ministerin einfach kassiert. Den Forderungen der Eltern- und Lehrerverbände wurde nur in einem Teilbereich nachgekommen. Rot und

- Grün haben das Gymnasium bedient, die anderen dagegen sollen die Einheitsschule bekommen. (C)

(Beifall bei der CDU)

Das ist die Politik dieser Landesregierung: Wer sich am besten artikulieren kann und den meisten Druck macht, bekommt das, was nötig ist. Die anderen müssen sehen, wo sie bleiben. Das ist unfair und ungerecht.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Der Wunsch nach dem Einheitslehrer, das Schielen auf die Einheitslehrerin lugt an jeder Ecke Ihres Entwurfs hervor. Ihn haben wollen täten Sie gerne, aber es laut zu sagen, trauen Sie sich nicht.

(Beifall bei der CDU)

Aber wenigstens Herr Kollege Degen, den ich wegen seiner Geradlinigkeit schätze, tut das. Er will von seinen Gesamtschulräumen nicht lassen. Das ist zwar die falsche Richtung, aber vor so einer Einstellung habe ich Respekt, denn sie ist wenigstens inhaltlich begründet.

- (D) Bei der Landesregierung dagegen sehe ich ganz andere, letztlich sachfremde Gründe. Die Landesregierung will die Einheitslehrer, weil diese sich dann so schön hin und her schieben lassen. Sie will die Einheitslehrer aus finanziellen Gründen. Das erinnert fatal an unseren Herrn Ministerpräsidenten und die Studiengebühren. Da wurde ein wichtiges Thema schlicht abgefackelt, weil der Landeshaushalt am Ende ist und der Chef die Nerven verloren hat.

Ähnlich ist das bei diesem Gesetzentwurf. Weil Interessengruppen bedient werden müssen und weil in Zukunft etwas beamtenrechtlich einfacher sein könnte, findet diese Landesregierung nicht die Kraft, das sachlich Angemessene zu tun. Sie brät eine Extrawurst für die Gymnasien und kocht den Einheitsbrei für den Rest. Das ist unfair.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich muss es für die Lehrerinnen und Lehrer, genauso wie für die Schülerinnen und Schüler, eine Durchlässigkeit von Schulform zu Schulform geben. Das ist fair und vernünftig. Aber der Wechsel muss dann vorbereitet werden, wenn er ansteht. Der Schlüssel liegt bei der Fortbildung

(Michael Solf [CDU])

(A) und bei der Zusatzausbildung, aber nicht schon beim eigentlichen Lehramtsstudium. Wir wollen folgerichtig die Lehrerausbildung präzise am späteren Berufsfeld des Lehrers orientieren. Wir wollen ein differenziertes und dennoch durchlässiges Lehrerausbildungssystem, das die gewünschte frühzeitige Identifikation mit dem angestrebten Lehramt bewirkt.

Meine Damen und Herren, die bayrischen und baden-württembergischen Hauptschüler haben bei PISA ordentlich gepunktet. Sehr geehrte Rote, liebe Grüne, befreien Sie sich doch endlich einmal von Ihrer Fixierung auf das Gymnasium.

(Beifall bei der CDU - Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Die vielleicht wichtigste Message von PISA-E lautet: Die Förderung von Migrantenkindern und sozial benachteiligten Kindern gelingt in Bayern und Baden-Württemberg besser als bei uns in NRW.

(Beifall bei der CDU)

(B) Glauben Sie bloß nicht, es machte mir Spaß, auf Bayern und Baden-Württemberg verweisen zu müssen. Die Kinder und Jugendlichen in Bochum, Köln oder Detmold sind nicht dümmer als die in Regensburg, Augsburg oder Freiburg. Aber unser System ist schlechter.

(Beifall bei der CDU)

Wehren Sie sich also doch bitte nicht gegen ein Hauptschullehramt, sondern werten Sie es auf. Der gut ausgebildete Hauptschullehrer ist ein Faustpfand gegen Jugendarbeitslosigkeit. Das ist doch wohl eine der leichtesten Rechenaufgaben von PISA.

In der Grundschule wiederum können Motivation und Chancen für ein ganzes Leben adäquat gefördert, aber auch unterdrückt, können Lernschwächen und Lernblockaden gelöst werden, aber auch unentdeckt bleiben. Alle - sofern es ihnen nicht zuvörderst um Besoldungsfragen geht - fordern mit uns ein eigenes Grundschullehramt. Wie anders soll denn der angehende Lehrer in sieben Semestern das notwendige Rüstzeug für die Hauptschule und für die Realschule und für die Grundschule studieren können? Wollen Sie den Lehrer/die Lehrerin, der/die von allem etwas, aber von wenigem wirklich viel weiß, dafür aber beliebig umsetzbar ist? Ist das Ihre Antwort auf PISA? Müsste die Antwort nicht eher lauten: Stu-

diere viel, nicht vielerlei? Multum, non multa! (C)
- Die Qualität der jetzigen Grundschullehrerausbildung wollen wir im Hinblick auf erforderliche Integrationsmaßnahmen sogar noch weiter optimieren: Das Grundschullehramt der Zukunft muss in ganz außerordentlicher Weise dazu befähigen, die Unterrichtssprache Deutsch - sei es als Erst- oder Zweitsprache - zu vermitteln. Das geht nicht nebenher mit ein oder zwei Modulen.

In kaum einem anderen Bundesland gibt es für die Kinder so wenig Deutschunterricht wie in Nordrhein-Westfalen. Das ist nicht nur beschämend, sondern das ist sogar unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wer etwas weit geworfen hat, muss es auch von weither wiederholen! Wer war es denn, der zu der Auffassung neigte, Sachfächer könne man auch spracharm unterrichten - zum vermeintlichen Schutz von Schülern aus bildungsfernen Familien? Wer soziale Herkunft und schulischen Erfolg entkoppeln will, muss Kindern als allererstes die Chance geben, Deutsch unter Anleitung hochprofessioneller Grundschullehrer zu lernen.

(Beifall bei der CDU)

(D) Sehr geehrte Frau Ministerin! All das aber berücksichtigt Ihr Entwurf nicht. Ich will den Wert Ihres Entwurfs in die Metaphorik der Autoreparatur kleiden: Der Wagen Lehrerausbildung ist immer noch - wie es die Schweizer sagen würden - "verunfallt". Aber die rot-grünen Automechaniker verhalten sich so: Mit dem Schraubenschlüssel wird ein paarmal auf das Wrack geschlagen, und dann wird das Ganze zum Kunstwerk erklärt.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Aber das ist nicht das, was wir unter Kunst im öffentlichen Raum verstehen. Das, was dort steht, ist nicht etwa Kunst, sondern ziemlicher Schrott.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Aus der Diskussion um PISA kann man viel lernen. Es genügt nicht, eben einmal nach Finnland rüberzumachen. Es genügt nicht, einige markante Sätze zu machen und dann unsere Bildungsministerin weitermachen zu lassen. Es genügt auch nicht, so zu tun, als machten wir genug; denn in Deutschland

(Michael Solf [CDU])

(A) gibt es eine Bildungsmisere, und in Nordrhein-Westfalen ist fast alles noch schlimmer.

Der Schlüssel zu einer Verbesserung, die Weiche für eine Umkehr liegen in der Lehrerausbildung. Das kann nicht durch markige Worte und anschließend durch pflaumenweiche Gesetze verbessert werden.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wer macht denn hier markige Worte?)

Nötig ist schnelles, präzises und differenziertes Handeln. Der Gesetzentwurf dieser Landesregierung ist leider mangelhaft. Schließen Sie sich wenigstens jetzt nach PISA-E unserem Antrag an. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Solf. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Kollege Degen das Wort.

(Hans Peter Lindlar [CDU]: Das ist jetzt schwer! - In einem hat der Kollege Solf Unrecht: Schüchtern ist die Frau Behler nicht!)

(B)

Manfred Degen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Solf, Sie können einen mit Ihrem Kompliment schon erschrecken.

(Allgemeine Heiterkeit)

Da muss man wirklich überlegen, was man falsch gemacht hat.

Mit Blick auf die Benennung dieses Tagesordnungspunktes war ich schon etwas verwirrt. Denn eigentlich geht es im Mittelpunkt doch um die zweite Lesung zum Lehrerausbildungsgesetz. Stattdessen kommen Sie mit einem Antrag, der eigentlich schon vor einem Jahr hätte gestellt werden müssen, um aktuell zu sein. Jetzt kommt er im letzten Moment. Herr Solf, das, was Sie fordern - schnell und präzise -, haben Sie mit Ihrem Antrag meilenweit verfehlt.

Ihre Rede war eigentlich auch zu einem ganz anderen Thema. Das hat mich nochmals verwirrt. Ich werde mich deshalb jetzt auf die zweite Lesung des LABG konzentrieren, weil wir damit zur richtigen Zeit einen Schritt weiterkommen.

Der CDU-Antrag gibt im Grunde genommen das wieder, was wir bereits in unserem Eckpunktepapier festgelegt haben. Es wäre ganz gut, wenn Sie uns denjenigen benennen würden, der Ihren Antrag geschrieben hat, weil man dann einen halbwegs sachkundigen Gesprächspartner hätte. Aus Ihren eigenen Reihen heraus kann dieser Antrag nicht gewachsen sein. Denn an der Diskussion um die Lehrerausbildung haben Sie sich als Fraktion nach unserem Kenntnisstand im letzten Jahr nicht beteiligt. (C)

Der FDP-Antrag ist eigentlich ein Antrag zum Haushalt und hat mit dem Thema des Tagesordnungspunktes eigentlich auch nichts zu tun. Es geht im Kern um den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen sowie die dazugehörige Entschlie-ßung. Es geht um die Verabschiedung des Lehrerausbildungsgesetzes. Einen günstigeren Zeitpunkt zur Diskussion hätten wir eigentlich gar nicht finden können, denn - ich will doch noch einmal auf PISA eingehen - jetzt wird all das, was wir bereits vor zwei Jahren im Eckpunktepapier geschrieben haben, bestätigt, allerdings immer mit der Warnung vor Schnellschüssen.

Im Zusammenhang mit dem Lehrerausbildungsgesetz haben wir nun wirklich keinen Schnellschuss fabriziert, sondern genügend Zeit zur Diskussion gehabt. Im Übrigen ist seit der Anhörung viel Zeit vergangen, die man hätte nutzen können, um über die Parteigrenzen hinweg einen Konsens zu suchen. Einen solchen Konsens haben wir Ihnen mehrfach angeboten. Sie haben die ausgestreckte Hand nicht angenommen. (D)

Ohne Differenzierung nach Bundesländern wird beklagt, dass die Lehrerausbildung nicht praxisnah ist, dass die Erziehungswissenschaften unter die Räder gekommen sind, dass die Fachdidaktiken reduziert worden sind. All das haben wir, wie gesagt, schon 1999 in unserem Eckpunktepapier aufgegriffen, und die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt. Dieser ist in der Verbändeanhörung und in einer ausführlichen Anhörung hier im Landtag gewesen. Wir haben jetzt zur zweiten Lesung auch aus diesen Anhörungen einige Konsequenzen gezogen, die Ihnen seit längerem in Form eines präzisen Änderungsantrags zur zweiten Lesung vorliegen. In der Entschlie-ßung haben wir auch noch etwas über das Verfahren gesagt und aufgezeigt, was für uns nach wie vor wichtig ist.

(Manfred Degen [SPD])

(A) Die Punkte, die wir damals formuliert haben, sind nach wie vor der Maßstab, den wir an das Gesetz und vor allen Dingen an die Umsetzung des Gesetzes anlegen. Ich wiederhole noch einmal: Wir fordern eine stärkere Orientierung des Studiums an der Berufspraxis, eine Aufwertung der Erziehungswissenschaften und Fachdidaktiken, eine Ausweitung der Praxisphasen, eine Öffnung der Studiengänge und Einführung möglichst polyvalenter Studienmodule, den Ausbau der Zentren für Lehrerbildung und die Evaluation aller Phasen der Aus- und Fortbildung. Die wesentliche Umsetzung dieser Punkte erfolgt allerdings nicht im Gesetz. So etwas Umfassendes kann ein Gesetz gar nicht leisten. Vielmehr erfolgt die wesentliche Umsetzung in der Rechtsverordnung und durch die - wie das so schön heißt - Implementierung dieser Verordnung in die Studien- und Fortbildungspraxis.

Wir haben als Konsequenz zur zweiten Lesung noch einmal die bildungspolitische Zielsetzung im Gesetz etwas verstärkt. Da heißt es in dem Änderungsantrag zu § 2:

"Das Studium umfasst am Ausbildungsziel orientierte erziehungswissenschaftliche, fachwissenschaftliche und fachdidaktische Studien, in die Praxisphasen ... einzubeziehen sind."

(B)

Sie haben vorhin gesagt, dass das zusammenhanglos nebeneinander stehe. Das ist überhaupt nicht der Fall. Wir haben es im Gesetz noch einmal präzisiert.

"In den Praxisphasen werden theoretische Studien und schulpraktische Erfahrungen systematisch miteinander verknüpft."

Dann haben wir hervorgehoben, dass wir ungeachtet der Lehramtsschwerpunkte eine gemeinsame Basis für alle Lehrer haben wollen, damit sie auch von den gleichen wissenschaftlichen Grundlagen ausgehen, wenn sie sich über die beste Bildungsmaßnahme für die Kinder unterhalten. Da sollte einer etwas von dem anderen wissen. Es heißt:

"Die gemeinsame pädagogische Verantwortung der Lehrämter wird durch einen für alle Studiengänge verbindlichen gemeinsamen Grundbestand an erziehungswissenschaftlichen, fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Studien und an Praxisphasen gewährleistet."

Das ist eine Anforderung, die wir an uns selbst stellen und bei der wir darauf achten müssen, wie wir sie auch in der Praxis umsetzen können.

(C)

In der Diskussion und auch in Ihrem Änderungsantrag, den Sie im Schulausschuss eingebracht haben, geht es ja um diese Lehramtsstruktur. Ich glaube, dass wir mit den beiden Lehrämtern, die wir schaffen, einen guten, in die Zukunft weisenden Weg gefunden haben. Wenn Sie uns vorwerfen, dass wir das Gymnasium "bevorzugt" haben, dann mag das Ihr Eindruck sein. Aber die Leute am Gymnasium sind ganz zufrieden mit dem, was wir entschieden haben.

Der Konsens mit allen Lehrerverbänden in der Frage der Lehrämter, den Sie einfordern, ist überhaupt nicht erzielbar, weil die Lehrerverbände zwangsläufig eigene Interessen haben, ein bestimmtes Lehramt nur für sich zu haben, und dann auch gegen bestimmte Kombinationen sind. Das trifft nicht auf alle Lehrerverbände zu.

Bei dem überlappenden Lehramt "Primarstufe, Hauptschule und Realschule" haben wir ergänzend die Schwerpunkte im Studium genau bezeichnet. Da heißt es nämlich jetzt als Ergänzung in dem Änderungsantrag:

"Beim Lehramt gemäß Abs. 1 Nr. 1"

(D)

- das ist dieses Kombilehramt -

"kann der Studienschwerpunkt Grundschule oder der Studienschwerpunkt Haupt-, Real- und Gesamtschule gewählt werden."

Ich glaube, wenn wir das auch in der Studienordnung und in der Prüfungsordnung umsetzen, haben wir eine Garantie dafür, dass die Schwerpunkte auch wirklich in diesen Bereichen gesetzt werden.

Sie haben wahrscheinlich auch noch die Ausbildung gemacht, die früher gang und gäbe war: Der Volksschullehrer, der von Klasse 1 bis Klasse 8, später bis Klasse 9 und dann bis Klasse 10 unterrichtet hat und heute noch unterrichtet. Diese Ausbildung war ja auch nicht so schlecht. Also lässt sich das durchaus machen. Und wenn Sie einmal über die Grenzen Nordrhein-Westfalens schauen, werden sie viele Beispiele finden, auch in CDU-regierten Ländern, die unserer Struktur nahe kommen.

(Manfred Degen [SPD])

- (A) In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, was die GEW-Zeitung über eine Tagung von Schulaufsichtsbeamten aus allen Bundesländern geschrieben hat. Da wird von der GEW ganz erstaunt festgestellt, dass die Schulaufsichtsbeamten aus den anderen Bundesländern überhaupt keine Berührungängste mit diesem Kombi-Lehramt hätten. Wie sollten sie denn auch, wenn es Ähnliches in anderen Bundesländern gibt?

Zu der Kombination "Hauptschule und Realschule" möchte ich auch noch etwas sagen. Für mich war für diese Zusammenfassung die mögliche zukünftige Entwicklung der Schulstruktur entscheidend. Ich glaube, in keinem der neuen Bundesländer haben wir noch die Trennung zwischen Hauptschule und Realschule. Aufgrund der rapide zurückgehenden Schülerzahlen ist das dort auch gar nicht mehr möglich. Bei uns gehen die Schülerzahlen ebenfalls zurück, wenn auch nicht in diesem Maße, und ich glaube, dass wir, wenn die ersten Lehrer nach dieser Ausbildung fertig sind, froh sein werden, wenn wir nicht wieder ein solches Alt-Lehramt produziert haben, mit all den Schwierigkeiten bei der Umstellung, die wir ja kennen.

- (B) Wir sind also nicht allen Lehrerverbänden entgegengekommen, aber wir haben bei der Lehramtsstruktur einen guten, zukunftsweisenden Kompromiss gefunden.

Jetzt möchte ich etwas zu der Frage der Beteiligung des Ausschusses sagen. Früher war das für Sie gar kein Thema. Ich erinnere mich, dass wir Ihnen beim Schulordnungsgesetz die Beteiligungsrechte noch aufzwingen mussten. Da sind Sie wahrscheinlich darauf aufmerksam gemacht worden, dass man so etwas machen kann.

Wir gehen in dieser Frage nicht einen Schritt weiter, sondern machen einen qualitativen Sprung, indem wir anbieten, dass wir zusammen mit allen an Schule Beteiligten - mit den Lehrerverbänden, mit Leuten aus der Praxis - die Rechtsverordnung gemeinsam erarbeiten. Wir wollen uns vor allen Dingen mit den Praktikern aus der Universität, aus der zweiten Phase der Lehrerbildung und auch aus dem Bereich der Fortbildung darüber unterhalten, wie man das, was wir als politische Zielsetzung proklamieren und was wir im Gesetz festschreiben, umsetzen kann.

Das wird wahrscheinlich eine nicht so einfache Sache, weil sich zum Teil die Strukturen an den Universitäten nicht gerade in die Richtung entwik-

- (C) kelt haben, die wir für richtig gehalten haben, nämlich Stärkung der Erziehungswissenschaften, Ausweitung der Fachdidaktiken. Das wird ein schwieriger Prozess. Aber selbst dazu laden wir Sie ein.

Wir haben uns dafür das nächste halbe Jahr vorgenommen. Vor den Ferien wird noch die Einladung an alle ergehen, die an dieser Thematik interessiert sind. Ich bin sicher, dass wir am Ende des Prozesses im nächsten Jahr nicht nur ein gutes Lehrerbildungsgesetz und eine hervorragende Lehramtsprüfungsordnung haben werden, sondern dass wir auch wesentliche Schritte gehen werden, um das, was wir erreichen wollen und worüber allgemeiner Konsens besteht, in der Praxis abzusichern. Zu diesem Prozess und zu diesem Mitdenken sind Sie herzlich eingeladen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Degen. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Kollege Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf zunächst meinem Vorredner Kollegen Manfred Degen Recht geben: Es ist in der Tat auch für uns erstaunlich, dass wir die Vielzahl unterschiedlicher Anträge gebündelt unter diesem Tagesordnungspunkt haben. Sie haben völlig Recht, dass die verschiedenen Thematiken, die hier zur Beratung anstehen, schlecht zu verbinden sind.

Gerade deshalb bleibt mir an dieser Stelle nur die Gelegenheit, zum FDP-Antrag "Menschen mit großer Klasse - Lehrer in NRW" hier zu sprechen. Meine Kollegen werden sich in den weiteren Runden auf die Frage der LABG-Reform konzentrieren.

Wenn ein Thema die letzten Wochen die bildungspolitischen Debatten bestimmt hat, so war dies das schlechte Abschneiden unserer Schüler, bezogen auf Kernkompetenzen im internationalen Vergleich. Das hat eine Vielzahl unterschiedlicher Reformvorschläge in der bildungspolitischen Debatte ausgelöst.

Für uns als FDP-Landtagsfraktion steht dabei fest: Wenn wir jetzt in Zeiten von PISA eine neue Lernkultur in unseren Schulen etablieren wollen, dann brauchen wir natürlich auch eine engagierte und

(D)

(Ralf Witzel [FDP])

- (A) motivierte Lehrerschaft als Partner für diesen neuen Qualitätsverbesserungsprozess.

(Beifall bei der FDP)

Viele der 170.000 Lehrerinnen und Lehrer im Land Nordrhein-Westfalen leisten Hervorragendes. Das muss man an dieser Stelle auch einmal sagen. In Zeiten von rückläufiger Erziehungsverantwortung vieler Elternhäuser, von wachsenden Ansprüchen der Wirtschaft an Absolventen und angesichts steigender Zahlen von Problemschülern sowie Schülern mit hohem Integrationsbedarf fordert der Lehrerberuf von den Kolleginnen und Kollegen heute weit mehr als noch in den Jahren zuvor.

Wir sollten daher, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, die Gelegenheit auch heute bei dieser Debatte nutzen, ihnen für den oftmals harten Arbeitseinsatz zu danken, und zugleich Verständnis aufbringen für die wachsende Demotivation und sinkende Arbeitszufriedenheit in vielen Lehrerkollegien angesichts der ständig neuen Einschnitte und Belastungen am Arbeitsplatz Schule durch das Regierungshandeln von Rot-Grün.

(Beifall bei der FDP)

- (B) In Zeiten wachsender Klassengrößen hat diese rot-grüne Landesregierung die Altersermäßigungen und Entlastungskontingente abgebaut, Pflichtstunden erhöht und Tausende regulärer Planstellen durch Mangelprogramme wie "Geld statt Stellen" - nomen est omen -, bedarfsdeckenden Referendarunterricht, unterwertige befristete Zeitverträge und Vorgriffsstunden ersetzt.

Heute rächt sich dieses Kaputtsparen der Bildung durch Rot-Grün. Junglehrer-Neueinstellungen sind über Jahre in diesem Land unterlassen worden. Heute haben wir den Lehrermangel. Lehrer sind in andere Bundesländer und in die Industrie abgewandert. Deshalb bleiben auch heute Hunderte von Planstellen unbesetzt.

Wenn es einmal zu der Situation kommt, dass krasse Benachteiligungen bei dem Lehrerberuf abgebaut werden, dann deshalb, weil die Gerichte in diesem Land handeln, so wie wir es erst kürzlich bei der Zwangsteilzeit erlebt haben - ein Thema, das wir von der Opposition seit langem auch im Landtag besetzt haben. Insofern wurde glücklicherweise im Laufe der Beratungen Punkt 5 unseres Antrages zur Zwangsteilzeit obsolet.

(C) Die FDP setzt der personalwirtschaftlichen Mangelverwaltung von Rot-Grün ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufes entgegen. Wir wollen eine ehrliche Neuberechnung der Lehrerarbeitszeiten, die Ausschüttung von Leistungsprämien zur Honorierung besonderen Engagements, die Konzentration des Referendariats auf tatsächliche Ausbildungszwecke - und nicht auf die Abdeckung von Pflichtstundenerteilung -, eine Altersteilzeitregelung in der Form, wie sie auch in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes vorhanden ist, die Schaffung von Laufbahnperspektiven für alle Schulformen sowie auch hinreichende Weiterbildungsmöglichkeiten in Zeiten des lebenslangen Lernens.

(Beifall bei der FDP)

Als wir diesen Antrag geschrieben und in die Ausschussberatung eingebracht haben, da gab es gerade eine neue Imagekampagne der Landesregierung "Menschen mit Klasse - Lehrer in NRW". Wir haben damals schon vorgeschlagen, der Ehrlichkeit halber diese Kampagne in "Menschen mit großer Klasse - Lehrer in NRW" umzubenennen. Damit würden sie zum einen in sehr viel sachgerechterer Weise die oft harte Arbeit vieler Lehrerkolleginnen und -kollegen in diesem Lande würdigen; zum Zweiten aber auch nicht in der Werbung Sachen versprechen, die die tatsächlichen Bedingungen des Arbeitsplatzes Schule nachher nicht halten.

(D) Es ist schon bemerkenswert, wenn man sich einmal anschaut, was in der regierungsamtlichen Mitteilung der Begriff Verlässlichkeit im Bildungswesen in der Praxis nachher tatsächlich bedeutet. Ich erinnere an die jüngsten Äußerungen, auch an die von gestern der Kollegin Löhrmann von den Grünen. Wenn es nun die letzten Monaten in diesem Landtag bei all dem, was an tatsächlichen Schwerpunktsetzungen für den Bildungsbereich unterlassen wurde, eine Botschaft gab, dann war das gerade von Ihnen, Frau Löhrmann, die Botschaft: Mindestens für dieses Minimalpaket "Verlässliche Schule", das Sie als Regierung auf den Weg gebracht haben, stehen wir ein.

Sie sind durchs Land gezogen und haben damit erworben, dass Sie entsprechende Personalmittel

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das mache ich auch weiterhin!)

(Ralf Witzel [FDP])

- (A) für Englisch in der Grundschule zur Verfügung stellen. Sie haben gesagt: wenigstens einmal ein Leuchtturmprojekt. Sie haben ehrlicherweise gesagt, Sie hätten sich für eine wirklich gute Ausstattung des Bildungsbereichs selber mehr gewünscht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Reden Sie doch mal zum Lehrerausbildungsgesetz!)

Aber das eine haben Sie wie eine Monstranz vor sich hergetragen. Mittlerweile ist auch das längst obsolet. Die Botschaft ist klar: Es ist eh kein Geld für Bildung da. Deshalb können wir auf so ein Instrument verzichten. Das Verhältnis von Worten - Sie reklamieren ständig verlässliche Bildungspolitik für sich - und Regierungshandeln sowie die Wirkung, die dadurch ausgelöst wird, sehen wir gegenwärtig in Nordrhein-Westfalen.

Die unterlassene Chance zur Einführung einer schulformorientierten Lehrerausbildung wird ein weiterer Meilenstein sein, der die Attraktivität des Lehrerberufs in diesem Lande verringert. Sie werden es in der Praxis sehen. Die Rekrutierungsprobleme für verschiedene Schulformen werden in diesem Land bestehen bleiben. Das haben wir immer deutlich gemacht, auch vor einem Jahr - Herr Degen, das war rechtzeitig -, als wir hier im Landtag mit der Lehrerausbildungsreformdebatte begonnen haben. Insofern ist dieser Ansatz der CDU sicherlich auch heute unterstützenswert.

- (B) Herr Degen, das war rechtzeitig -, als wir hier im Landtag mit der Lehrerausbildungsreformdebatte begonnen haben. Insofern ist dieser Ansatz der CDU sicherlich auch heute unterstützenswert.

Das Entscheidende ist aber, dass man endlich einmal eine tatsächliche Verlässlichkeit kommuniziert und nicht nur die Verlässlichkeit, dass Bildung im Landeshaushalt unterfinanziert bleibt. - Stimmen Sie deshalb unserem Antrag zu! Setzen Sie ein Zeichen für bessere Arbeitsbedingungen im Lehrerberuf! Sie werden große Vorteile für eine bessere Rekrutierung, für eine bessere Unterrichtsabdeckung haben. Die Betroffenen werden es Ihnen danken. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und von Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Witzel. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Kollegin Löhrmann das Wort.

- (C) **Sylvia Löhrmann (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich heute Morgen im Zug überlegt habe, was das heute wohl für eine Debatte werden wird, habe ich schon mit einigem gerechnet, aber damit, dass es so schlimm wird, habe ich nicht gerechnet.

Ich habe mir den Antrag von der CDU noch einmal angeguckt und darin durchaus die eine oder andere Übereinstimmung gefunden. Ich habe gedacht, das will ich konstruktiv aufgreifen, aber, Herr Solf, durch Ihren Beitrag heute haben Sie mich nicht darin bestärkt, dass ich das tun sollte. Der Beitrag hat nämlich deutlich gemacht, wo die Ideologen in der bildungspolitischen Debatte sitzen. Die Ideologen sitzen dort, auf der rechten Seite des Hauses.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich mache es noch sehr deutlich, wo die Ideologen sitzen.

(Zuruf von Michael Solf [CDU])

Herr Witzel, ich habe hart um diesen Stufenplan gekämpft. Der ist wichtig und richtig und wird vom Grundsatz nicht infrage gestellt.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

(D) Ich weiß, dass ich manchmal Prioritäten setzen muss, weil ich Guidos "Gagageld" nicht zur Verfügung habe, und das bekommen Sie auch nicht so schnell aus einer Kündigung des Bergbaukommisses.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Dieses Geld haben wir nicht zur Verfügung. Wenn Sie gleichzeitig versprechen, Sie wollen die Steuern senken und die Bildungsausgaben steigern, müssen Sie im Detail vorrechnen, wie Sie das machen wollen. Diesen Beweis sind Sie bis heute schuldig geblieben.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist die Verlässlichkeit!)

Wenn ich Sie hier höre, bin ich nicht zuversichtlich, dass Sie den nachdrücklich und nachvollziehbar präsentieren können.

(Beifall bei der SPD - Ralf Witzel [FDP]: Das ist die neue Verlässlichkeit!)

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

(A) Mit Geld, das man nicht hat, kann man keine Bildungspolitik machen. Wir wollen mit dem Geld, das wir haben, ordentliche Bildungspolitik machen. Ehe ich hinnehme, dass z. B. für Migrantenkinder Kurse gekürzt werden, überlege ich mir, ob es nicht sinnvoller ist, eine andere, auch sinnvolle Maßnahme vielleicht ein Jahr zu schieben oder nur abgespeckt einzuführen.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist Ihre Bildungspolitik!)

So viel zu diesem Thema, dass wir nämlich manchmal verantwortlich Zielentscheidungen treffen müssen und nicht alles versprechen können, weil wir nicht alles auf einmal bezahlen können.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie haben es doch versprochen!)

Trotzdem bleibt es dabei, dass der Bildungshaushalt, der in 2002 gestiegen ist, auch in 2003 in Nordrhein-Westfalen signifikant steigen wird.

(Ralf Witzel [FDP]: Die Schülerzahlen steigen!)

Er wird steigen, verlassen Sie sich darauf! Allen, die zu PISA und zu vermeintlichen Korrelationen mit Klassengrößen, mit Lehrerbesoldung qualifiziert diskutieren wollen, empfehle ich wirklich zur Faktenanalyse die Klemm-Studie, die erfreulicherweise vorliegt. Lesen Sie einmal die 24 Seiten durch - wir sollten es im Schulausschuss vielleicht gemeinsam tun -, damit Sie sehen, dass es so einfach nicht ist: Kleine Klasse, gutes Ergebnis. Teurer Lehrer, gutes Ergebnis. - Wir brauchen vielmehr andere Reformen.

(B)

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Darüber werden wir morgen früh hoffentlich weiter diskutieren. Das zur allgemeinen Diskussion.

Vizepräsident Jan Söffing: Gestatten Sie eine Zwischenfrage durch Herrn Kollegen Solf?

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Nein. Ich möchte jetzt zum Lehrerausbildungsgesetz kommen.

Wir als Grüne haben vor ungefähr einem Jahr als Anspruch formuliert, dass wir eine Weiterentwicklung der Lehrerausbildung wollen, die

auch schulformübergreifende Elemente enthält, die allerdings der Flexibilisierung und bildungspolitisch gewollten Durchlässigkeit zwischen den Schulformen Rechnung trägt. Wir wollen die erziehungswissenschaftlichen und fachdidaktischen Anteile der Lehrerausbildung stärken und frühe Praxisphasen verbindlich machen. (C)

In die Lehrerausbildung wollen wir Qualifikationsmodule für alle Lehrkräfte einführen, was etwa interkulturelles Lernen angeht, was den Umgang mit besonderen Schwächen und mit besonderen Begabungen betrifft, was Elemente von Jungen- und Mädchenförderung angeht. Diese Dinge waren vor PISA richtig und sind erst recht nach PISA richtig. Hinzu kommt, dass wir unsere Lehrerinnen und Lehrer stärker qualifizieren müssen, mit heterogenen Lerngruppen zu arbeiten. Das gilt nach PISA für jede Lehrerin und für jeden Lehrer in der Bundesrepublik Deutschland.

(Ralf Witzel [FDP]: Auch vorher schon!)

- Auch vorher schon, aber offensichtlich hat das unsere Lehrerausbildung - unabhängig vom Bundesland - nicht geleistet, dass man heterogene Lerngruppen erkennt, adäquat individualisiert fördert und sich dem Kind zuwendet.

(Zuruf von Michael Solf [CDU]) (D)

Da sind wir uns einig - davon war ich ausgegangen -, dass das so sein muss.

Das deutsche kulturelle Skript, das die Vielfalt von Kindern nicht als Lernchance begreift, muss in den Köpfen von Lehrerinnen und Lehrern aufgebrochen werden. Das müssen wir überwinden, wenn wir die Selektion vom Grundsatz her überwinden wollen.

In Ihren Anträgen betrachten Sie jede Schulform nur für sich, und für Sie gibt es kein gemeinsames pädagogisches Grundethos gibt. Das wollen Sie zementieren und festigen. Aber die Kinder sind und bleiben doch dieselben, unabhängig davon in welcher Schule sie sind; man muss sich doch den Kindern zuwenden. Insofern lehnen wir Ihre diesbezüglichen Vorschläge ab.

Meine Damen und Herren, dass mir jemand sagt, ich würde das Gymnasium besonders fördern, das wundert mich. Das ist mir noch nicht passiert. Das ist interessant. Sie überlesen immer, dass es nach unserem Gesetzentwurf auch Gesamtschu-

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) len gibt, denen wir natürlich auch entsprechen, die wir anders als Sie auch nicht abschaffen wollen; Sie haben die Gesamtschulen bei ihren Vorschlägen beiseite gelassen.

Wir haben immer Cluster gebildet, so will ich das einmal nennen. Die Lehrerinnen und Lehrer werden sich, auch wenn sie ein größeres schulformbezogenes und stufenbezogenes Lehramt studieren, im Rahmen dieser Ausbildung spezialisieren. Aber ich finde es gut und richtig, dass Grundschullehrerinnen, die sich schwerpunktmäßig auf die Grundschule vorbereiten, auch einmal in einer anderen Schule tätig gewesen sind. Ich finde es auch gut und richtig, wenn jemand, der in einer Schule der Sekundarstufe I arbeitet, auch einmal in einer Grundschule tätig gewesen ist. Das wird für die Kinder, die diese Schulen durchlaufen und in ihnen lernen, gut sein. Das sollte klar sein.

Wir Grünen hätten es besser gefunden, da noch einen Schritt weiterzugehen. Das war nicht möglich; das räume ich ein. Aber die Stufenlehrerausbildung - das habe ich auch bei uns in der Diskussion gesagt - hat offensichtlich nicht zur Überwindung der Struktur beigetragen. Das muss man einräumen. Entscheidend ist letztlich, was die Lehrerinnen und Lehrer lernen und wie sie das Wissen hinterher vermitteln können. Mit diesem Lehrerausbildungsgesetz haben wir aus unserer Sicht für die Zukunft einen entscheidenden Schritt nach vorne gemacht. Es ist PISA-tauglich. Darum ist es gut und richtig, dass wir es hier heute beschließen. - Danke schön.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Behler das Wort.

Gabriele Behler, Ministerin für Schule, Wissenschaft und Forschung: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Man könnte, wenn man nur den Antrag der CDU liest, denken, sie sei die erste, die vor dem Hintergrund von PISA auf eine Reform der Lehrerausbildung dränge. Welch ein Irrtum! Hätten wir in Nordrhein-Westfalen auf PISA gewartet, hätten wir heute nicht die zweite Lesung. Das ist das Erste.

- Wir haben richtigerweise früher angesetzt. Hätten wir auf die CDU gewartet, kämen wir wie üblich zu spät und wären außerdem noch in die falsche Richtung gelaufen. (C)

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Michael Solf [CDU])

Die Reform der Lehrerausbildung, die wir heute mit der Verabschiedung des Lehrerausbildungsgesetzes absichern und damit zugleich vorantreiben wollen, ist in der Tat ein langfristiger Prozess. Jeder, der vordergründig den Eindruck zu erwecken versucht, man könne, weil heute das Ergebnis einer Untersuchung vorliegt, morgen eine Lehrerausbildung reformieren, streut sich und anderen Sand in die Augen.

Ich will durchaus auf die Etappen der Debatte verweisen. Die Reform der Lehrerausbildung ist in der bildungspolitischen und der bildungsfachlichen Öffentlichkeit seit mindestens zehn Jahren ein sehr ernstes und sehr komplexes Thema. Wir hatten die Etappe mit der Befragung der Lehrerausbildenden Hochschulen. Wir haben in Reaktion auf erkannte Defizite Lehrerausbildungszentren eingerichtet. Dem sind andere Bundesländer im Übrigen inzwischen gefolgt. Wir hatten die Diskussion nach der Denkschrift der Kommission "Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft". Wir hatten die eigene Kommission zur Reform der Lehrerausbildung und die gemischte Kommission der Länder. Wir haben hier im Landtag 1999 eine Debatte sehr sorgfältig vorbereitet und geführt, mit der wesentliche Eckdaten für die Reform der Lehrerausbildung gesetzt worden sind. (D)

Was in der Debatte tatsächlich völlig neu war, waren die Vorschläge, die mit der Expertenratsvorlage 2001 in die Öffentlichkeit kamen. Tun Sie doch nicht so, Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, als hätte es zu diesen Vorschlägen der Expertenkommission 2001 nicht auch in Ihren Reihen außerordentlich kontroverse Diskussionen gegeben und als gäbe es bis heute nicht auch in Ihren Reihen außerordentlich kontroverse Positionen! Das ist so. Das ist zunächst einmal auch nichts Schlimmes. Das ist überhaupt kein Nachteil. Es ist gut, wenn gerade in großen Fraktionen und in großen Parteien über verschiedene Wege und unterschiedliche Vorschläge sachlich diskutiert wird. Wenn etwas Neues auf den Tisch kommt, muss man abwägen und vergleichen.

(Ministerin Gabriele Behler)

(A) Ich habe diese Debatte begrüßt. Ich habe in Reaktion auf die Vorschläge eine Erprobungsklausel in den Gesetzentwurf aufgenommen, die es möglich macht, Strukturen zu entwickeln und zu überprüfen, die von den bisherigen und bei aller Kritik im Einzelnen durchaus nicht erfolglosen Verfahren abweichen.

Ich erinnere daran, dass sich die ausgewählten Modelle der Universitäten Bielefeld und Bochum von dem ursprünglichen so genannten Erichsen-Modell deutlich unterscheiden. Ich bin sehr froh darüber, dass dieser Weg, auch andere Modelle zu entwickeln und zu erproben, in der Kultusministerkonferenz auch bundesweit Zustimmung gefunden hat.

Ich will damit sagen, Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, Sie kommen bei diesen Debatten reichlich spät.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich unterstreiche das, was Kollege Degen gesagt hat. Sie hätten auch schon vor einem Jahr andere Vorschläge mit einbringen können.

(B) Ich habe zum vorliegenden Entwurf die Kernziele bereits bei der ersten Lesung hier im Parlament zusammengefasst. Ich will sie nur stichwortartig in Erinnerung rufen.

Natürlich geht es um die Stärkung des Praxisbezugs. Nach meiner Wahrnehmung findet dieses Vorhaben auf allen Feldern breiten Konsens. Aber ich will dazusagen, dass Praxisbezug an der Hochschule nicht einfach Handwerk heißen kann. Das würde dem Hochschulauftrag nicht gerecht. Es geht vielmehr um die Stärkung der Fachdidaktik als Wissenschaft, nicht darum, sie durch eine Art von Meisterlehre zu ersetzen. Es geht um den sinnvollen Einsatz von Praxisphasen - früh im Studium zur Vergewisserung der Berufswahl und zur Orientierung, als Kernpraktikum unter wissenschaftlicher Anleitung und an einem Ort außerhalb von Schule, was ich für die Lehrerbildung auch wichtig finde.

Aber für alle Praxisphasen gilt: Ohne Einbettung in die Theorie würde man den Ansprüchen an eine wissenschaftliche Lehrerbildung nicht genügen. Ich habe bisher - und hoffe, auch weiterhin - den Eindruck, dass wir zu dem Prinzip der wissenschaftlichen Lehrerbildung ebenfalls gemeinsam stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C) Ich will einen weiteren Punkt ansprechen, der den Reformbedarf immer wieder deutlich gemacht hat: das erziehungswissenschaftliche Studium, das bisher nicht zu Unrecht erziehungswissenschaftliches Begleitstudium heißt. In der Tat gibt es da in den Hochschulen bei der Ausbildung deutliche Defizite. Das hat uns nicht erst der Expertenrat bei der Untersuchung seiner Hochschulen bescheinigt. Wenn tatsächlich erziehungswissenschaftliche Studienanteile von Studierenden danach belegt werden, wie sie in ihren ansonsten fachlich organisierten Stundenplan hineinpassen, dann hat das mit Verbindlichkeit in der Ausbildung nichts zu tun. Das ist ein Zustand, den wir ändern wollen und ändern müssen.

Verbindlichkeit gilt aber auch für den fachwissenschaftlichen Bereich. Deshalb wollen wir Kerncurricula erreichen, deren Entwicklung natürlich Sache der einzelnen Hochschule ist. Dabei wird das Ministerium aber darauf hinwirken, dass diese Kerncurricula miteinander vereinbar sind und den Anforderungen des Lehrerberufs auch tatsächlich entsprechen.

(D) Außerdem gehört in diesen Bereich der allgemeinen und verbindlichen Ziele die Verknüpfung von systematisch gegliederten Studienelementen mit Teilen der Abschlussprüfung. Wenn man darüber spricht, wie dieses realisiert wird, fällt mir gerade bei den Debatten der Opposition auf, dass es da eine merkwürdige Spaltung gibt, offenbar nur dadurch erklärbar, dass sich die einen mit Hochschulpolitik und die anderen mit Schulpolitik befassen.

Im Bereich der Lehrerbildung gibt es dort in der Tat ein Spannungsverhältnis zwischen der allgemein gewollten und richtigen Selbstverantwortung und Autonomie der Hochschule auf der einen Seite und dem staatlichen Anspruch auf eine qualifizierte Ausbildung des zukünftigen Personals in den Schulen auf der anderen Seite. Diejenigen, die für die Autonomie streiten und sich gegen jeden staatlichen - auch administrativen - Eingriff wenden, müssen sich in der eigenen Fraktion mit denjenigen auseinandersetzen, die möglichst viel durch administrative und dirigierende Vorgaben eingelöst haben wollen. Das ist etwas, das auch Sie bewältigen müssen.

(Michael Solf [CDU]: Sie müssen nicht ablenken!)

(Ministerin Gabriele Behler)

- (A) Dieser Aufgabe stellen wir uns mit dem vorgelegten Gesetzentwurf. Vor dem Hintergrund des Qualitätsentwicklungsprozesses an den Hochschulen und der Zielvereinbarungen, die wir mit den Hochschulen geschlossen haben, ist es heute durch neue Instrumente leichter, auch tatsächlich die politisch und im Parlament gewollten Ziele zu erreichen, als das ohne solche Instrumente in früheren Zeiten der Fall gewesen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf die Bedeutung neuer Strukturen und Ansätze an den Universitäten Bielefeld und Bochum habe ich bereits hingewiesen. Ich bin außerordentlich gespannt, was diese Modellversuche tatsächlich ergeben. Ich will auch hier alle einladen, sich an dieser Diskussion, an der Entwicklung dieser Konzepte weiter zu beteiligen.

Danach möchte ich auf die Frage der Schulformen eingehen und wie sie eigentlich zu Ausbildungsstrukturen stehen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Mit dem Rücken an der Wand!)

- (B) Es ist schon amüsant, dass sich eine Sozialdemokratin von Konservativen vorwerfen lassen muss, dass sie bei Gymnasien für einen Vorschlag Zustimmung findet. Du liebe Zeit, was wäre wohl passiert, wenn es anders herum gewesen wäre. Es muss Sie unglaublich ärgern, dass eine von Ihnen vermeintlich gepachtete Klientel nicht mehr so einfach für Ihre polemischen Diskussionen zur Verfügung steht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Manfred Kuhmichel [CDU]: Mein Gott noch mal, diese Polemik!)

Wir haben die Neufassung der Lehrämter so gestaltet, dass der Bezug zu den Schulformen, für die die Lehrbefugnis erworben werden soll, deutlich erkennbar wird. Wir haben aber gleichzeitig dafür gesorgt, dass es eben hier nicht zu einer Versäulung kommt, die jede Schulform für sich allein sieht, sondern Verbindungen geschaffen werden, nicht nur aus dem legitimen Interesse eines Dienstherrn oder einer Dienstherrin, was den Einsatz angeht, sondern gerade auch aus inhaltlichen Gründen.

- (C) Bestimmte wichtige Grundlagen sind für alle Lehrämter gleichermaßen erforderlich. Es gibt einen gemeinsamen und verbindlichen Kernbestand an Wissen und Kenntnissen.

Ein einzelnes Lehramt - das war eines der übergreifenden Ziele - durch seine Struktur womöglich auskoppelungsfähig aus der wissenschaftlichen Lehrerausbildung zu machen, läuft auch noch unter dem Gesichtspunkt strategische Überlegungen. Der zentrale inhaltliche Punkt - und Sie verweisen immer auf die Schulformen der Sekundarstufe I - ergibt sich aus meiner Sicht aus der Betrachtung der Grundschule. Es kann, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, nicht richtig sein, die Lehrerausbildung an der Grundschule komplett abzukoppeln von der Lehrerausbildung für weiterführende Schulen. Das war für mich die wichtigste Argumentation für ein an der Stelle auch stufenübergreifendes Lehramt, genauso wie es richtig ist, dass man ein Lehramt aus der Sekundarstufe I an allgemein bildenden Schulen nicht allein in der Sekundarstufe II realisiert, sondern auch hier stufenübergreifend organisiert.

- (D) Diese Verbindungen jeweils bei der festen Definition dessen, was für alle gleich und verbindlich ist, herzustellen, muss gelingen. Ich glaube, dass wir dies mit dem vorliegenden Gesetzentwurf gut einlösen. Die Zustimmung ist entgegen Ihren eigenen Behauptungen ziemlich breit. Dass man diejenigen nicht in ein Boot bekommt, die bei den Lehrerorganisationen sich völlig widersprechende Positionen beziehen, ist klar. Wenn der eine "A" will, der andere "B" und man sich in der Mitte trifft, kann man nicht mit dem Vorwurf konfrontiert werden, man hätte "A" und "B" auch noch hereinholen müssen. Das schließt sich logisch aus. Ich erspare mir eine weitere polemische Anmerkung.

Widersprüche und Unterschiede gibt es in der Tat. Sie liegen nach meiner generellen Einschätzung eher im Detail. Die Kritik am heutigen Zustand der Lehrerausbildung selbst wird jedenfalls von vielen geteilt.

Wenn wir uns nicht gerade hier im parlamentarischen Schlagabtausch bewegen, stellen wir auch fest, dass die Formulierungen, die gewählt werden, um Verbesserungen zu erreichen, doch erstaunlich gleich sind, auch wenn sie von Vertretern unterschiedlicher politischer Couleur stam-

(Ministerin Gabriele Behler)

- (A) men, auch wenn sie von Personen stammen, die sich auf unterschiedliche Formen der Lehrerausbildung beziehen. Das ist also bestimmt nicht der entscheidende Punkt.

An manchen Stellen schwingt bei Ihnen immer noch das eine oder andere Verräterische in der Formulierung mit. Schauen Sie sich einmal die Textstelle an, wo Sie mit dem Begriffspaar Abstraktion auf der einen und Anschaulichkeit auf der anderen Seite Schulformunterschiede konstituieren wollen! Meinen Sie das denn wirklich heute noch ernst? Die einen sind für das Abstrakte und die anderen für das Anschauliche, womöglich auch noch geboren. Wissenschaftliche Lehrerausbildung kann sich meines Erachtens auf solche Begriffspaare nicht einlassen.

(Beifall bei der SPD)

Der eigentliche Grund - aus meiner Sicht jedenfalls - für die Schwäche der ersten Phase in der Lehrerausbildung liegt doch darin, dass sowohl bei Lehrenden als auch bei vielen Studierenden ein ausreichendes Bewusstsein dafür fehlt, dass das Studium als Vorbereitung für eine ganz besondere Berufstätigkeit dient: auf die Arbeit als Lehrerin oder Lehrer.

- (B) Das wollen die erweiterten Zielbestimmungen erreichen, auf die Herr Kollege Degen und Frau Löhrmann schon eingegangen sind. Das ist auch wichtiger als eine frühzeitige enge Bindung der Ausbildung an bestimmte Schulformen, die ohnehin nicht zur Ausprägung eines spezifischen Berufsverständnisses führt, wie Sie es nennen. Diese Ausprägung - da ist die Fachliteratur einer Meinung - erfolgt nämlich im Beruf selbst und nicht in der Ausbildung. Das sagen alle, auch Wissenschaftler der Lehrerausbildung.

Herr Solf, Sie haben eine Figur in die Debatte gebracht, die ich gern noch einmal aufgreifen möchte, die von Kunst und Schrott. Da muss ich allerdings sagen: Es hat sich historisch in den letzten Jahren und Jahrzehnten sehr häufig die Situation ergeben, dass gerade aus Ihren Reihen Kunst als Schrott apostrophiert worden ist. Davon können viele Künstler in Deutschland ein Lied singen. Seien Sie also vorsichtig mit solchen Begriffspaaren! Damit kommen Sie nicht sehr weit.

Wenn Sie meinen, dass Sie mit ein paar polemischen Spitzen von den Schwierigkeiten der eige-

- nen Standortbestimmung ablenken könnten, sage ich Ihnen: Das mag hier noch einmal taugen, das taugt aber letztendlich für die fachlich seriöse Debatte nicht. (C)

(Beifall bei der SPD)

Meines Erachtens muss man in Richtung FDP nicht sehr viel zu diesem Antrag sagen. Man kann eigentlich auch gar nicht viel sagen, weil er so wenig mit dem eigentlichen Thema zu tun hat und es offensichtlich so ist, dass innerhalb der FDP jeder sowieso sagen darf, was er will - völlig unabhängig von dem Konzept, das man ansonsten vertritt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Von daher erübrigt sich, glaube ich, auch hier eine weitere Auseinandersetzung.

Insgesamt ist wichtig, über alle Steuerungsfragen, über alle Instrumente, die wir über eine Lehrerausbildung konstituieren, hinaus, noch einmal den Blick auf das zu richten, was zu gutem, erfolgreichem und befriedigendem Lehrerhandeln auch gehört.

Ich möchte dazu Weinert zitieren. Er dürfte als Experte ja unbestritten sein. Weinert sagt: (D)

"Man kann nicht dadurch ein guter Lehrer werden, dass man oberflächlich lernt, wie man Schülern akzeptierend und unterstützend begegnet, wenn nicht zugleich auch spontane echte Gefühle der persönlichen Zuwendung, der Sympathie, der Unterstützung und der Zufriedenheit mit den Kindern zum Ausdruck kommen."

Bei allem Streit um diese oder jene Richtung in der Lehrerausbildung, glaube ich, dürfen wir dieses Element nicht vergessen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist das, was unseren Lehrerinnen und Lehrern in der Realität, in ihrem Alltag tatsächlich ihre Berufszufriedenheit ermöglicht, diese echte Zuneigung zu Kindern, die sie in ihrem Beruf mit hoher persönlicher Zufriedenheit erleben können. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(A) **Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Frau Ministerin. - Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Ley das Wort.

Marie-Theres Ley (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin schon sehr überrascht, Frau Ministerin und Herr Degen, welches Gedächtnis Sie haben. Denn schon 1998 hat die CDU einen Antrag zur Reform der Lehrerausbildung gestellt. Wir kommen also nicht zu spät, sondern wir waren viel früher dran.

(Beifall bei der CDU)

Aber wie das ja üblich war und ist, wurde dieser Antrag abgelehnt. Es hieß damals: Das ist nicht nötig.

In Ihrem Gesetzentwurf stehen zwei Begründungen:

Erstens. Das Gesetz muss reformiert werden, weil sich die Orientierung an Schulstufen anstelle von Schulformen nicht bewährt hat und zu Passungsproblemen zwischen Ausbildung und Beschäftigung geführt hat. Das ist auch ein Punkt, den wir in unserem Antrag damals angeführt hatten, der aber von Ihnen als Nebensache abgelehnt wurde.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Sie führen an, dass jetzt nach Bologna gestufte Ausbildungsgänge eingerichtet werden sollen.

Ich stelle aber fest, dass es noch weitere sehr wichtige Gründe für eine Reform der Lehrerausbildung gibt. Seit Jahren beklagen die Absolventen der Hochschulen, dass das Studium zu praxisfern, von der Realität weit entfernt ist. Auch dazu hat schon 1999 die CDU-Kollegin Reinhardt in einer Kleinen Anfrage auf die schulferne Ausbildung der Lehrer hingewiesen. Damals antwortete die Landesregierung, dass die unterstellten Annahmen fehlender Praxisnähe der Professoren und ungenügenden fachdidaktischen Unterrichts an den Hochschulen gegenstandslos seien. Dafür gebe es keine Anhaltspunkte.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen!)

Keine zwei Jahre später übte der Expertenrat scharfe Kritik an der Lehrerausbildung. Der Expertenrat stellte fest, dass die Erziehungswissen-

schaften nicht die Bedeutung haben, die eigentlich für das zukünftige Lehramt gewollt sein muss. (C)

Der Expertenrat tadelte ganz klar die berufsfeldferne Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen. Es gebe nur unzureichende Angebote in Fachdidaktik. Die Unterrichtung in den Erziehungswissenschaften folge der Beliebigkeit. Der Bezug zur konkreten Praxis fehle. Insgesamt habe die Lehrerausbildung an den Hochschulen einen zu geringen Stellenwert.

Diese Aussagen sind dann, wenn der Expertenrat so etwas feststellt, natürlich richtig. Als vorher die Praktiker und die CDU das Gleiche festgestellt haben, hieß es aber, das alles werde untergeschoben und habe keinen Wert.

(Beifall bei der CDU)

Auch jetzt antwortete die Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Kollegen Dr. Grüll, der sich danach erkundigt hatte, warum die Bonner Universität sich nicht an den gestuften Lehrerausbildungen beteiligte, das fachdidaktische Konzept sei quantitativ nicht hinreichend und inhaltlich problematisch. - Dabei bringt dieses Konzept sehr viele Verbesserungen für die Lehrerausbildung. Da kann ich doch nur sagen: Die Landesregierung hat Jahre und Jahrzehnte geschlafen, wenn sie die Universitäten nicht auf diesen Mangel hingewiesen hat. (D)

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß genau, dass die Universitäten autonom sind. Aber selbstverständlich ist es Aufgabe der Landesregierung, auf diese Mängel hinzuweisen, damit es hier zu einer anderen Ausbildung kommt. An den Universitäten erfolgt die Koordination von Fachwissenschaft, Fachdidaktik, schulpraktischen Studien und Erziehungswissenschaften vollkommen unzureichend.

In dem Gesetzentwurf der Landesregierung wird der Praxisbezug zu wenig berücksichtigt. In dem Entschließungsantrag von SPD und Grünen wird er lediglich angerissen. Das ist uns, der CDU, zu wenig. Wir fordern, dass vor Aufnahme des Studiums ein Eingangsgespräch mit den jungen Leuten stattfindet, damit diese ihren Berufswunsch besser einschätzen können. Wir möchten ein einführendes Praktikum vor Studienbeginn, damit die ehemaligen Schüler die Wirklichkeit einmal von der anderen Seite kennen lernen und sich klar

(Marie-Theres Ley [CDU])

(A) werden, ob sie für den Lehrerberuf überhaupt geeignet sind. Wir möchten, dass bis zum fünften Semester eine ausgedehnte Praxisphase stattfindet, die sowohl von Lehrern als auch von der Hochschule begleitet wird. Hier zeigt sich ein weiterer Mangel der heutigen Lehrerausbildung.

Im Gesetzentwurf der Landesregierung fehlt es an Maßnahmen, die eine Reflexion des Handlungsfeldes der zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer fördern. Wir wollen individuelle Betreuung und Ausbildungslehrer, die den angehenden Lehrern zur Seite stehen. Daher fordern wir, an den Universitäten Zentren für Lehrerbildung einzurichten. Diese Zentren haben die Aufgabe, für einen regelmäßigen Kontakt zwischen Hochschulen und Schulen zu sorgen. Sie sollen den Gedankenaustausch zwischen Fachwissenschaftlern, Fachdidaktikern, Erziehungswissenschaftlern und Praktikern in der Schule vor Ort fördern. Wir wollen mit diesen universitären Zentren für Lehrerbildung und Fachdidaktik eine Verzahnung der Kompetenzen von Universität und Schule erreichen. Es darf nicht länger - so wie bisher - der Fall sein, dass die Schule für sich arbeitet und dass die Universitäten zu wenig mit der Schule zusammenarbeiten. Zur Stärkung der Praxiserfahrung und Handlungsfähigkeit von Lehrerinnen und Lehrern müssen die verschiedenen Stellen der Lehrerausbildung bedeutend mehr zusammenarbeiten als bisher.

(B)

(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)

An der Universität zu Köln gibt es rund 20 Lehrer, die aus dem Schuldienst als Dozenten an die Universität abgestellt sind, aber nur zwei von ihnen lehren an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät. Auch daran stellt man fest, dass die Praxis viel zu gering bewertet wird. Um das zu ändern, brauchen wir mehr Lehrer. Diese Lehrer können aber natürlich nicht aus dem jetzigen Bestand abgezogen, sondern müssen zusätzlich eingestellt werden; denn es darf nicht weiterer Unterricht ausfallen. Die Reform der Lehrerausbildung bleibt so lange eine Farce, wie es an der Universität zu wenige Lehrer gibt, die den Bezug zwischen Praxis und Hochschule herstellen können.

Die Zentren für Lehrerausbildung sollen gleichzeitig den Lehrern aus der Praxis zur Verfügung stehen, damit diese sich weiterbilden und auch ihre Praxiserfahrungen einbringen können.

Ich habe erfahren, dass die Kooperationsstelle Lehrerausbildung an der Universität zu Köln ausläuft. Das ist zur heutigen Zeit ein ganz fatales und falsches Zeichen.

(C)

§ 23 des Gesetzentwurfs - Fortbildung - ist nach unserer Ansicht zu allgemein gefasst und wenig aussagekräftig. Wir wollen, dass die jungen Lehrerinnen und Lehrer in den ersten vier Jahren durch Supervision und ein engmaschiges System praxisorientierter Fortbildungsprogramme begleitet werden. Andererseits müssen sie die in der Lehrerpraxis gewonnenen Erfahrungen wieder in das Lehrzentrum einbringen, damit sie dort reflektiert und für ihre weitere Arbeit genutzt werden können.

Die Stärkung der Praxis und der Handlungskompetenz in der Lehrerausbildung kann auch ein Beitrag zur größeren Wertschätzung des Lehramtsstudiums und des Lehrerberufs sein. Die PISA-Studie hat uns mit dem Vorzeigeland Finnland vor Augen geführt, wie sehr der Erfolg eines Bildungssystems vom öffentlichen Klima und von der Wertschätzung der Lehrer abhängt.

So wie die neu eingerichteten Graduate Schools sollten die Zentren für Lehrerausbildung ein Ort sein, an dem die jungen Leute eine hoch qualifizierte Ausbildung erhalten, die sie befähigt, die Schule in Zukunft so zu gestalten, dass die Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen bei PISA III oder PISA IV einen Spitzenplatz erreichen.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Ley. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Professor Dr. Wilke das Wort. - Entschuldigung! Ich habe mich vertan. Zunächst hat für die Fraktion der SPD Herr Kessel das Wort. - Entschuldigen Sie, Herr Professor Wilke, Sie sind dann der Nächste.

Dietrich Kessel (SPD): Herr Wilke hat jetzt den großen Vorteil, nach mir reden zu können. Er kann dann auf das eingehen, was ich hier vortrage.

(Dietrich Kessel [SPD])

(A) Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Kollege Degen hat die Ziele erläutert, an denen sich die mit dem neuen Lehrerausbildungsgesetz einzuleitende tief greifende Reform der Lehrerausbildung orientiert. Ich will in meinem Beitrag auf eine Besonderheit dieses Gesetzes aufmerksam machen, die auch schon zur Sprache gekommen ist, nämlich auf die im vierten Absatz des ersten Paragraphen festgeschriebene Erprobungsklausel.

Mit dieser Erprobungsklausel soll insbesondere die Möglichkeit eröffnet werden, die Frage zu beantworten, ob man die Ziele der Reform der Lehrerausbildung auch unter Nutzung anderer Möglichkeiten der Lehrerausbildung als der, die als Regel-form vorgesehen sind, erreichen kann.

Wir haben in der Fraktion sehr ausführlich über dieses Thema gesprochen. Die Diskussion in unserer Fraktion zu der Frage, ob man versuchsweise die Einführung konsekutiver Studiengänge in der Lehrerausbildung vorsehen sollte, war durchaus kontrovers. Am Anfang dieser Diskussion war nicht vorherzusehen, wie diese enden würde.

Wir haben im Verlaufe dieser Diskussion die Meinungen und Ratschläge vieler Expertinnen und Experten eingeholt und sind schließlich zu dem Ergebnis gekommen, dass mit diesem Versuch in einem allerdings sehr überschaubaren Rahmen begonnen werden sollte.

(B)

Beim Einstieg in diese besondere Form der Lehrerausbildung wird NRW im Vergleich der Länder in Deutschland eine Vorreiterrolle übernehmen. Auch wenn bundesweit intensiv über die Vor- und Nachteile der Einführung gestufter Studiengänge in der Lehrerausbildung nachgedacht wird, ist meines Wissens bisher lediglich in Greifswald ein Versuch mit gestuften Studiengängen in der Lehrerausbildung gestartet worden.

Was war nun bei unserer Entscheidung wichtig? Welchen Kriterien sollten die geplanten Modellstudiengänge genügen? - Zunächst sollten mit ihrer Hilfe die Ziele der Reform der Lehrerausbildung ebenso erreichbar sein wie mit der reformierten herkömmlichen Struktur der Lehrerausbildung. Es muss schließlich gewährleistet sein, dass die im Rahmen dieser alternativen Studienstruktur ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer ebenso gute Chancen haben, von den Schulen aufgenommen zu werden, wie die jungen Menschen, deren Studium im Kontext einer ausschließlich am Lehrerberuf orientierten Studienstruktur stattgefunden hat.

(C) Die konsekutive Studiengangstruktur in der Lehrerausbildung hat einen großen Vorteil. Sie legt nämlich junge Studierende nicht vom ersten Tag ihres Studiums an auf den Lehrerberuf fest. Die Möglichkeit, Bachelor-Studiengänge so zu konzipieren, dass ihre Absolventen über Eignungen für unterschiedliche Einsatzmöglichkeiten im Berufsleben verfügen, verschiebt die Entscheidung für den Lehrerberuf auf den Beginn des Master-Studiengangs.

Wenn das Studium nicht vom ersten Tag an als Studium wahrgenommen wird, das direkt zum Lehrerberuf führt, bietet dies jungen Studierenden die Chance, die Entscheidung für diesen Beruf unter Einbeziehung auch von Erfahrungen zu treffen, die sie während ihres Bachelor-Studiums u. a. auch mit dem schulischen Alltag gemacht haben.

Bei unserer Entscheidung hat auch der gegenwärtig stattfindende Prozess der flächendeckenden Überführung der Studiengänge in das konsekutive Studiengangmodell, der so genannte Bologna-Prozess, eine Rolle gespielt. Anknüpfend an diesen Prozess hat der von der Landesregierung im Rahmen des Qualitätspaktes eingesetzte Expertenrat in seinen Empfehlungen vom Februar letzten Jahres dem Land die Umstellung auch des Lehramtsstudiums auf die gestufte Studiengangstruktur empfohlen. Der Expertenrat hat sich bei dieser Empfehlung von der Vorstellung leiten lassen, dass die Bachelor-Phase hauptsächlich für eine berufliche und die Master-Phase schwerpunktmäßig für eine lehramtspezifische Qualifizierung genutzt werden sollte.

(D)

Im Verlauf der Debatte über diese Empfehlung hat sich dann allerdings gezeigt, dass die Einführung gestufter Studiengänge in der Lehrerausbildung sehr wohl die Chance bietet, zu ihrer Reform beizutragen. Zum anderen ist jedoch auch deutlich geworden, dass es zu der vom Expertenrat für die beiden aufeinander folgenden Studiengänge vorgeschlagenen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen auch Alternativen gibt.

Neben dem Expertenrat hat auch der Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen zur zukünftigen Struktur der Lehrerausbildung vom November 2001 die Einführung der konsekutiven Studiengangstruktur empfohlen. Nur der Vollständigkeit halber weise ich darauf hin, dass auch die Kultusministerkonferenz Anfang dieses Jahres Bachelor- und Master-Studiengängen in der Leh-

(Dietrich Kessel [SPD])

(A) rerausbildung unter definierten Voraussetzungen einstimmig zugestimmt hat. Dies scheint von der CDU-Fraktion bisher nicht in ausreichendem Maße wahrgenommen worden zu sein.

Es war angesichts der Debattenlage zum Thema gestufte Studiengänge in der Lehrerausbildung deshalb nur folgerichtig, dass die Landesregierung bereits im September letzten Jahres einen Modellversuch "Gestufte Studiengänge in der Lehrerausbildung" ausgeschrieben hat. Die Resonanz auf diese Ausschreibung war beachtlich. Neun Hochschulen haben Anträge vorgelegt. Nach einer sehr gründlichen Prüfung dieser Anträge durch eine Expertengruppe wurden die Universitäten Bielefeld und Bochum mit der Einrichtung gestufter Studiengänge in der Lehrerausbildung beauftragt.

Dass diese beiden Modelle begleitend evaluiert werden, versteht sich heutzutage von selbst. Ich hoffe, dass beide Modelle das Interesse vieler Studierender finden und sich die Erwartungen, die mit diesen Alternativen zum herkömmlichen Lehramtsstudium verbunden sind, erfüllen werden.

Nicht heute, aber sicherlich auch nicht in allzu ferner Zukunft werden wir uns mit der Frage zu befassen haben, wie beide konzeptionellen Ansätze der Lehrerausbildung - die eher traditionelle Struktur und die jetzt zusätzlich zu erprobende konsekutive Struktur - zusammengeführt werden können. Sollte die Zukunft den konsekutiven Studiengangstrukturen gehören, wird auszuloten sein, auf welche Weise die herkömmliche Struktur in die gestufte Struktur überführt werden kann.

(B) Es könnte sich auch eine völlig andere Frage stellen, die Frage nämlich, ob vertretbar ist, beide jetzt auf den Weg gebrachten Alternativen des Studiums für den Lehrerberuf parallel weiterlaufen zu lassen.

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Diskussion über die beste Form des Lehramtsstudiums wird mit Sicherheit in den nächsten Jahren ihre Fortsetzung finden. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Kessel. - Jetzt hat für die Fraktion der FDP Prof. Dr. Wilke das Wort. Bitte sehr.

Dr. Friedrich Wilke (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin Behler hat gesagt: Die in der FDP dürfen ja sagen, was sie wollen. - Das als Vorwurf zu hören, ist schon ein bemerkenswerter Vorgang.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Mir ist das doch lieber, als einen Maulkorb verhängt zu bekommen, wenn ich bei den Studiengebühren anderer Meinung bin. Sie dürfen da doch gar nicht sagen, was Sie wollen. Das ist also schon ein merkwürdiger Vorgang.

Genau wie Herr Kessel möchte ich in der zweiten Runde nur auf die gestuften Studiengänge nach dem Bachelor-/Master-Konzept eingehen. Dieser kleine Gesetzestext hätte in der Hochschulpolitik und in der praktischen Ausgestaltung weit reichende Konsequenzen, weit reichende Bedeutung haben können, ist in meinen Augen inzwischen aber leider wieder ein Beispiel für verpasste Chancen in der Hochschulpolitik und in der Lehrerausbildung in Nordrhein-Westfalen, weil die konkrete Ausprägung mit lediglich zwei Modellversuchen wieder einmal nur zögerlich und mutlos angegangen wird. Typisch Behler, kann man da nur sagen.

Unverändert bin ich wie Herr Kessel der Meinung - insbesondere nach der Anhörung -, dass gestufte Studiengänge eine unverzichtbare Ergänzung und sogar Alternative zum klassischen Lehrerstudium darstellen.

Ich will die Gründe, die Herr Kessel genannt hat, nicht wiederholen. In diesem Punkt stimme ich mit ihm voll überein.

Aber eines muss ich dazu noch anmerken. Sie, Frau Ministerin, haben gesagt: Da kam dann plötzlich der Expertenrat und hat neue unvorhersehbare Vorschläge gemacht. - Das ist doch nicht richtig. Das Thema Bachelor/Master auch in der Lehrerausbildung wird doch schon seit längerer Zeit in den Hochschulen diskutiert. Das ist beim Expertenrat nicht wie Manna vom Himmel gefallen. Das zeigt doch nur, wie wenig Sie über Hochschulen wissen.

Sie haben vorhin auf die CDU eingepöbeln; dann hätten Sie die FDP auch loben müssen. Denn zeitgleich mit dem Expertenrat haben wir in unserem Leitlinienpapier schon das Bachelor-/Master-Modell angesprochen.

(C)

(D)

(Dr. Friedrich Wilke [FDP])

- (A) Außerdem, Frau Ministerin, konstruieren Sie einen Widerspruch zwischen Autonomie und Vorgaben. Das ist in der Tat eine verräterische Formulierung; denn ich sehe darin in erster Linie eine Entschuldigung dafür, dass Sie wieder einmal die Autonomie der Hochschulen nicht hinreichend beachten.

Natürlich sind Vorgaben mit Wettbewerb und Autonomie vereinbar, natürlich ist es unsere Aufgabe, hier zu sagen, was ein guter Lehrer ist und was eine gute Lehrerausbildung ist. Wir können die Leitlinien vorgeben und die konkrete Ausprägung den Hochschulen überlassen und sie dann im Wettbewerb die beste Lösung finden lassen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin schon einmal gesagt, die Gesetzesformulierung war mir eigentlich von Anfang an zu schwach und zu zaghaft. Meine Befürchtungen sind inzwischen Realität geworden. Nur zwei Modellversuche wurden genehmigt. Was hat Herr Kessel vorhin gesagt? - Das ist überschaubar.

(Beifall bei der FDP)

- (B) Herr Kessel, ich hoffe, Sie können doch weiter zählen als bis zwei. Drei und vier wären - so glaube ich - auch noch überschaubar gewesen.

(Beifall bei der FDP)

Nein, einige Hochschulen, vor allem innovative Fachbereiche, haben sich hier engagiert - neun waren es -, und sie sind überwiegend enttäuscht worden. Sie wollten Innovationen und sind wieder einmal ausgebremst worden, weil der Mut fehlte. Modellversuche bedeuten auch weiteres Hinauszögern. Modellversuche dienen der Erprobung, dem Test mit einer möglichen - möglichen! - Übernahme nach Bewährung. Unterstellen wir doch einmal optimale Verhältnisse an unseren Hochschulen: Bachelor nach sechs Semestern, Master nach weiteren vier Semestern. Davon kann in der Realität natürlich keine Rede sein, aber da sollen ja jetzt die neuen Studiengebühren für Langzeitstudierende Abhilfe schaffen. Ich will darauf nicht weiter eingehen.

Zurück zur Lehrerausbildung, Zeitablauf des Modellversuchs! Bachelor drei Jahre, Master zwei Jahre - macht fünf Jahre. Dann muss man ja noch erproben - zwei Jahre, sage ich einmal. Dann kommen wir auf sieben Jahre. Wir beginnen 2003, also werden die ersten Ergebnisse im Jahr

- (C) 2010 vorliegen. Dann dürfen die anderen Hochschulen folgen. Das nennen Sie "langfristige Politik" und Herr Kessel nennt das "überschaubar".

(Heiterkeit bei der FDP)

Das nennen wir "Reformen im Schnecken tempo", nämlich mutlos, kraftlos. Wir haben das im Ausschuss bereits gesagt. Ich bin ja dort nicht allein gewesen; ich kenne doch auch die Ansichten der Vertreter aus den anderen Parteien. Wir haben es damals im Ausschuss bereits gefordert. Hier hätten wir uns wirklich mehr Mut für die Hochschulen gewünscht. - Frau Seidl, Sie dürfen einmal nicken.

(Dr. Ruth Seidl [GRÜNE]: Ich kann doch wohl machen, was ich will!)

- Sie dürfen auch sagen, was Sie wollen, ja. - Hier hätten wir uns mehr Mut, mehr Dynamik gewünscht, aber das scheint ja in diesem Land eher die Ausnahme als die Regel zu sein. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

- (D) **Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Prof. Dr. Wilke. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Dr. Seidl das Wort.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte doch einmal etwas Nettes zur CDU sagen - trotz der Kampfansage heute von Herrn Solf. Es fällt mir - das muss ich zugeben - nach Ihrer Rede schwer, aber dennoch muss ich sagen, dass ich Ihren Antrag in weiten Teilen ganz gut finde. Er bezieht sich auf die bekannte Defizitanalyse - von Denkschrift, KMK und Expertenrat - bei der Lehrerbildung und kommt in wesentlichen Punkten zu richtigen Schlussfolgerungen.

Sie fordern eine stärkere Orientierung des Studiums an der Berufspraxis, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie fordern die Neuordnung und Ausweitung der Praxisphasen sowie eine bessere Koordination von Fachwissenschaft, Fachdidaktik, schulpraktischen Studien und Erziehungswissenschaften an den Universitäten. Sie fordern eine engere Verzahnung der drei Ausbildungsphasen, die Verpflichtung zu einer kontinuierlichen

(Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

- (A) Fortbildung und eine Stärkung der Zentren für Lehrerbildung an den Hochschulen.

Dazu kann ich nur sagen: Ihr Forderungskatalog ist richtig, und er ist eine hervorragende Bestätigung für das zu novellierende Lehrerausbildungsgesetz, das uns heute in zweiter Lesung vorliegt. Mit der Neufassung des LABG nutzen wir die Möglichkeit, die inhaltliche Reform der Lehrerausbildung konsequent umzusetzen, und zwar unter Einbeziehung aller von Ihnen genannten Schwerpunkte.

Das LABG hat sich zum Ziel gesetzt, der Forderung einer systematischen Professionalisierung nachzukommen und das Studium an den für den Lehrerberuf entscheidenden Schlüsselkompetenzen zu orientieren. Hierzu gehört neben den von Ihnen genannten Forderungen auch die Erstellung von Kerncurricula für die Fächer und für die Erziehungswissenschaft. Weil es aber eine gemeinsame pädagogische Verantwortung aller Lehrämter geben muss, sollen insbesondere die lehramtsübergreifenden erziehungswissenschaftlichen Studien gestärkt werden.

- (B) Wir haben darüber hinaus eine Reihe von Kompetenzen definiert, die angehende Lehrkräfte im Studium erwerben sollen - beispielsweise Diagnostik und Beurteilung, Evaluation und Qualitätssicherung. Das heißt: Wir haben auch die Erkenntnisse der PISA-Studie berücksichtigt, die feststellt, dass Defizite von Schülerinnen und Schülern nur in geringem Maße erkannt und Fördermaßnahmen in Deutschland zu spät eingeleitet werden.

Die wesentlichen Strukturveränderungen in der Lehrerausbildung, die das LABG festschreibt, sind die Schaffung stufenübergreifender Lehrämter mit deutlicherem Schulformbezug, die Einführung eines Studiums von zwei Unterrichtsfächern für alle Lehrämter und die Erprobung konsekutiver Studiengänge. Diese Strukturveränderungen ermöglichen eine Qualitätsverbesserung - insbesondere der Grundschulausbildung, meine Damen und Herren. Das ist heute schon gesagt worden.

Denn die Grundschulausbildung wird durch das gemeinsame Lehramt "GHR" nicht wie bisher von den Ausbildungen für die anderen Schulformen abgekoppelt. Durch das Studium von zwei verbindlichen Unterrichtsfächern wird darüber hinaus die Fachlichkeit der Grundschulausbildung gestärkt. Die Bündelung der drei Lehrämter "GHR"

- (C) zu einem gemeinsamen Lehramt bewirkt, dass das bislang hierarchische Säulenmodell durch ein durchlässiges System gestufter Qualifizierung abgelöst wird.

Die von Ihnen geforderte Aufspaltung in sechs verschiedene Lehrämter ist deshalb und gerade in der Diskussion um PISA kein Reformschritt, sondern ein falscher Ansatz. Wir brauchen nicht mehr Segregation in unserem Schulsystem, sondern weniger. Die Vermutung, dass die verschiedenen Schulformen unterschiedlichen Begabungen entsprechen und damit die Schüler besser fördern könnten, sollte angesichts der miserablen Ergebnisse von PISA schleunigst ad acta gelegt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen vielmehr gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, die über den Tellerrand der Schulform hinausschauen können. Der Umgang mit Heterogenität und die Fähigkeit, die Entwicklungspotenziale aller Kinder auszuschöpfen, sollten im Mittelpunkt einer qualifizierten Ausbildung stehen, nicht aber ein falsches Verständnis von Begabungstheorien.

- (D) Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie sagen in Ihrem Antrag wenig zur Gliederung des Studiums. Das ist mir zu kurz gekommen. Die vorgesehene Modularisierung des Studiums in inhaltlich und methodisch aufeinander bezogene Lehr- und Lernblöcke soll die bisherige Unverbundenheit einzelner Lehrveranstaltungen überwinden. Das ist ein wichtiger Punkt. Die Modularisierung erhöht auch die Durchlässigkeit zwischen unterschiedlichen Studiengängen und erleichtert den Erwerb der Lehrbefähigung für andere Lehrämter. Genau dies knüpft auch an die Reformüberlegungen zu gestuften Studiengängen an, die insofern problemlos auf das Lehramtsstudium übertragbar werden. Das heißt: Auch hier gibt es eine Vorbereitung für die Weiterentwicklung der konsekutiven Stufenausbildung.

Die Herausforderung an die konsekutiven Studiengänge wird aber darin bestehen, neue Modelle einer professionalisierten Lehrerausbildung zu erproben und gleichzeitig die Polyvalenz der Abschlüsse zu gewährleisten.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine Anmerkung zum Antrag der FDP, der ein Beitrag zur Attraktivitätssteigerung des Lehrberufs sein soll,

(Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

- (A) machen. Sie nehmen Bezug auf die gleich lautende Imagekampagne des Ministeriums, Herr Witzel. Dabei hat Ihr Antrag so gut wie gar nichts mit dieser Attraktivitätskampagne zu tun. In einem Rundumschlag fassen Sie hier vielmehr all das zusammen, was die FDP im Schulbereich immer schon einmal fordern wollte: mehr Lehrerinnen und Lehrer, kürzere Arbeitszeiten, Abschaffung des BDU, Erhöhung der Anwärterbezüge, Abschaffung der Zwangsteilzeit für Junglehrer, Umwandlung aller personalwirtschaftlichen Programme in Planstellen,

(Beifall bei der FDP)

kleinere Klassen durch ein Absenken der Schüler-Lehrer-Relation, volle Umsetzung der Altersteilzeit, Geld für Weiterbildung und Schaffung neuer Laufbahnperspektiven.

(Zurufe von der FDP: Ja! Genau! So ist es!)

- Das klingt nicht nur unseriös, Herr Witzel, sondern das ist sogar eine Zumutung. Ihr Antrag besteht aus einer Aneinanderreihung von Forderungen, die nicht bezahlbar und ohne bildungspolitisches Konzept sind. Sie aber haben soeben von einem Gesamtkonzept gesprochen.

- (B) **Vizepräsidentin Edith Müller:** Frau Seidl, Ihre Redezeit ist beendet.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Ich bin gleich am Ende.

Es ist schon ziemlich arrogant, uns so etwas hier vorzulegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Stellenwert von Bildung und das Image unserer Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland werden sich mit solchen Vorschlägen alleine gewiss nicht ändern. Hierfür braucht es noch einige Anstrengungen mehr. Vor allem gehören dazu das Engagement vieler für eine neue Lern- und Leistungskultur in unserer Gesellschaft und ein politisches Engagement, das hierfür gute Konzepte auf den Tisch legt.

(Ralf Witzel [FDP]: So ist es!)

Ein solcher Antrag gehört sicher nicht dazu. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

- Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Frau Dr. Seidl. - Für die Fraktion der CDU hat jetzt Herr Stahl das Wort. Bitte schön, Herr Stahl. (C)

Helmut Stahl (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wo sie Recht haben, da haben sie Recht, und zwar alle - von Ministerin Bulmahn bis zum Ministerpräsident Stoiber -, dass wir uns nämlich die Zielstellung setzen müssen, in einem überschaubaren Zeitraum in der Bildung wieder zur Spitzengruppe in der Welt zu gehören.

Wenn wir das Ziel tatsächlich erreichen wollen, wenn es uns allen Ernst damit ist, dann haben zweifelsfrei die Erzieherinnen und Erzieher, die Lehrerinnen und Lehrer dabei eine Schlüsselrolle; denn tragende Erkenntnis aus all den Studien, die um PISA herum unterwegs sind, ist: Der Unterricht, die Qualität des Unterrichts, ist das Entscheidende.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Mir geht es jedenfalls leicht von den Lippen, dass wir der Zukunft wegen, des Wachstums wegen, der Arbeitsplätze wegen exzellente Informatiker, exzellente Biomediziner und exzellente international beschlagene Juristen brauchen. Diese Aufzählung ließe sich beliebig fortführen. (D)

Bisher habe ich allerdings kaum gehört, dass wir exzellente Lehrerinnen und Lehrer, exzellente Bildungsforscher, exzellente Erziehungswissenschaftler, exzellente Fachdidaktiker brauchen. Weil wir das kaum hören, ist es schlecht.

Dabei ist Exzellenz in den Bildungs- und Erziehungswissenschaften die zentrale Voraussetzung, um all die Exzellenzen, die wir vorher eingefordert haben, zu bekommen. Wo werden sie denn sonst kriert, wenn nicht in unseren Schulen?

Das zeigt, dass wir möglicherweise Gefahr laufen, unsere Debatte auf Grundlagen zu führen, die gar nicht gegeben sind. Denn hier stellt sich die Frage: Wie sieht es an unseren Hochschulen in Forschung und Wissenschaft im Hinblick auf das Thema Bildungs- und Erziehungswissenschaften aus? Diesbezüglich ist vorhin schon von der Kollegin Ley auf die Kritik des Expertenrates hingewiesen worden. Ich will ihre Aussagen um das ergänzen, was der Wissenschaftsrat in seiner Stellungnahme vom September letzten Jahres zu künftigen Strukturen der Lehrerbildung gesagt hat.

(Helmut Stahl [CDU])

(A) Er zeigt auf, dass die Fachdidaktiken zu Steinbrüchen anderer Disziplinen in den Hochschulen geworden seien. Er kritisiert mit einer für ihn ungewöhnlichen Härte Defizite in den Erziehungswissenschaften und in der Didaktik. Er mahnt mit Nachdruck den Aufbau einer international konkurrenzfähigen Bildungsforschung, insbesondere einer empirisch orientierten Bildungsforschung in Deutschland an. Da hätte man von Ihnen, Frau Behler, und von der Landesregierung gerne gewusst, wo diesbezüglich der Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen liegt.

Wenn man hier Aufbauarbeiten leisten will, dann bedarf es einer Langfristperspektive. Wenn wir exzellente Lehrerinnen und Lehrer haben wollen, dann brauchen wir eine exzellente Forschung, eine exzellente Lehre. Das ist nicht anders wie in der Medizin: Jeder Kranke erhebt den Anspruch, nach den letzten Erkenntnissen der Forschung und von Ärzten, die entsprechend qualifiziert sind, behandelt zu werden.

Ich frage: Warum ist das nicht auch in den Erziehungswissenschaften so? Warum fordern und fördern wir hier nicht ganz gezielt Exzellenzen? - Das ist - so meine ich - der strategisch entscheidende Punkt, um langfristig den Folgen von PISA zu begegnen.

(B)

Ich will einige wenige Handlungsoptionen nennen, die meinem Eindruck nach in der Debatte viel zu wenig berücksichtigt werden.

Ich zitierte eingangs erstens den Expertenrat. Der schreibt Ihnen auf:

"Investitionen in die Lehrerbildung sind für die Universitäten im Hinblick auf die vom Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung angewendeten Parameter für die Verteilung der Haushaltsmittel nicht lukrativ."

Frau Behler, dazu hätten wir gerne eine Stellungnahme von Ihnen. Wenn das so ist, wäre es kontraproduktiv, und dann müsste dieser Zustand unmittelbar beendet werden. Denn die Hochschulen brauchen hier Anreize.

Zweitens fordern wir, um die Zentren für Lehrerbildung zu profilieren - ich würde sogar noch weiter gehen als Kollegin Ley, nämlich -, geradezu mit Nachdruck in Gespräche mit den autonomen Hochschulen darüber einzutreten, ob und inwieweit diese nicht eigene Fakultäten und Fachbereiche - "Schools of education" - aufbauen können

und diesen Dozenten zugeordnet werden können. (C) Denn das wiederum wäre eine ganz wichtige Gewähr, dass diese Disziplinen nicht länger zu Steinbrüchen für andere werden.

Der dritte Punkt, den ich gerne ansprechen möchte, ist: Wir brauchen exzellenten wissenschaftlichen Nachwuchs. Da sollten Sie, Frau Behler, Ihre Förderprogramme mal durchforsten, und zwar nicht mit dem Ziel der Einsparung, sondern mit dem Ziel der Umschichtung auf den Bereich Bildung und Erziehung. Das muss geschehen, wenn es uns wirklich Ernst ist nach PISA. Hier könnte eine sinnvolle Strategie so aussehen, ganz gezielt auf den Aufbau von Exzellenzzentren hinzuwirken.

Viertens: Wir brauchen dringend eine Strategie in Forschung und Lehre mit dem Schwerpunkt Bildung und Erziehung für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. In diesem Bereich haben wir doch gerade in Nordrhein-Westfalen eine unglaubliche Schwachstelle. Wenn wir hier in der Erkenntnis nicht weiterkommen, werden wir auch nicht in der Lösung der Probleme weiterkommen.

Fünftens: Nutzen Sie als Handlungsmöglichkeit - und das ist meine persönliche Auffassung - viel stärker und nicht so zögerlich die Kapazitäten der Fachhochschulen. Mir erschließt sich nicht, wie Sie beispielsweise in einigen Jahren den Informatikunterricht aufrecht erhalten wollen und wieso Sie den Unterricht ausfallen lassen müssen, nur weil kein universitär ausgebildeter Informatiklehrer da ist. Die Kinder können schlussendlich nichts dafür, dass hier laubahnrechtliche Vorschriften, die sowieso über kurz oder lang obsolet sein werden, ihren Unterricht verhindern. (D)

Ein letzter Punkt: Ich halte das, was das Lehrerbildungsgesetz normieren will, nicht für zukunftsfest. Ich meine, dass nach PISA schon tiefer gepflügt werden muss, sonst landet man in den Fallen, wie sie in der Begründung zu § 13 des Gesetzentwurfes deutlich werden.

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Stahl, Ihre Redezeit ist beendet. Kommen Sie bitte zum Schluss.

Helmut Stahl (CDU): Ich bin sofort fertig. - Da wird festgestellt - ich zitiere -:

(Helmut Stahl [CDU])

- (A) "Mit der Einführung stufenübergreifender, schulformenbezogener Lehrämter bei gleichzeitiger Beibehaltung der bisherigen Studiendauer wird für diese Lehrämter eine quantitativ und qualitativ gleiche fachwissenschaftliche Ausbildung sichergestellt."

(Michael Solf [CDU]: Genau das stimmt!)

Man beachte: sichergestellt.

Ich habe mir dahinter geschrieben: Jawohl, Gesetz erlassen, Rechtsverordnung erlassen, Problem gelöst. - Das ist, wie Sie alle wissen, mitnichten so.

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Stahl, Ihre Redezeit ist beendet.

Helmut Stahl (CDU): Ich meine, da brauchen Sie und wir alle mehr Mut. So gesehen ist dieser Entwurf des Lehrerausbildungsgesetzes aus unserer Sicht in keinem Fall zukunftsfähig. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

- (B) **Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Stahl. - Für die Fraktion der SPD hat jetzt Frau Schäfer das Wort. Bitte schön.

Ute Schäfer (SPD): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Da sich Herr Degen für die SPD-Fraktion schon sehr dezidiert zu den Zielen des LABG geäußert und Herr Kessel nochmals den wissenschaftlichen Teil beleuchtet hat, konzentriere ich mich auf die beiden Anträge, die von CDU und FDP hier heute zu dem Thema eingebracht worden sind. Ich knüpfe direkt an das an, was Herr Stahl eben vorgetragen hat.

Ich weiß nicht, wie oft Sie hier den Begriff "exzellent" benutzt haben. Gucken wir jetzt einmal in Ihren eventuell nicht ganz so exzellenten Antrag zu dem heutigen Tagesordnungspunkt. Sie haben in Ihrem Antrag den Fokus ganz konsequent auf die schulformbezogene Lehrerausbildung gelegt und dann die einzelnen Schulformen, die wir hier im Lande haben, benannt. Aber beim Lesen ist mir aufgefallen, dass Sie die Gesamtschule überhaupt nicht erwähnt haben.

Haben Sie das bewusst gemacht? Ich vermute es. Dann darf ich Sie aber gleich im Anschluss daran fragen, warum Sie nicht so exzellent weitergearbeitet und sich einmal Ihr Programm zur großen Schulreform angeguckt haben, in dem Sie nämlich schon die Haupt- und die Gesamtschule zu einer Aufbauschule verwurschtelt haben. Bitte schön, Sie hätten dann in Ihrem Programm auch konsequenterweise die Ausbildung zum Lehrer an einer Aufbauschule fordern müssen.

Ich frage mich in der Tat, worin die Konsequenz, die Stringenz und die Exzellenz Ihrer Arbeit bestehen. Ich finde, Sie müssten Ihre Anträge an dem Punkt etwas sorgfältiger vorbereiten.

Für die SPD-Fraktion betone ich noch einmal, dass wir unsere Lehramtsstruktur stufenübergreifend und schulformakzentuierend gestaltet haben und eine Abschottung der Lehrämter untereinander vermeiden wollen, um eine möglichst flexible Verwendung der Lehrer nach Bedarfsgesichtspunkten regeln zu können.

Ich finde, auch das ist ein bemerkenswerten Fauxpas in Ihrer Antragsstellung. Ich weiß nicht, ob Sie das überlesen haben. Lesen Sie Ihren Antrag bitte noch einmal daraufhin nach, denn Sie können nicht große Petersberger Beschlüsse fassen und sich anschließend überhaupt nicht daran halten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Um noch einmal einen ganz praktischen Aspekt zu nennen - Sie sind ja immer sehr für das Praktische -: Sie reden von einem zwölfwöchigen Blockpraktikum. Wir halten dem entgegen, dass sich ein zwölfwöchiges Blockpraktikum gar nicht durchführen lässt. Man muss nämlich bedenken, dass es zu keinem Zeitpunkt drei Monate lang Semesterferien gibt, ohne dass auch gleichzeitig Schulferien sind. Sie müssten sich also überlegen, ob Sie dieses Blockpraktikum nicht in ein Studiensemester legen.

Wir wollen eine Verlängerung der Praktika von bisher sechs auf vierzehn Wochen. Wir wollen sie schulformbezogen, schulformdifferenziert und auch außerschulisch durchführen, damit man die drei Aspekte gemeinsam abdeckt.

(C)

(D)

(Ute Schäfer [SPD])

(A) Bemerkenswert an dem CDU-Antrag ist - Frau Ley ist darauf eingegangen -, wie Sie sich die Betreuung der Studierenden und die Betreuung der angehenden Lehrerinnen und Lehrer vorstellen. - Wenn ein junger Mensch dieses Studium wählt, erwarte ich, dass er es auch selbstständig durchführen kann. - Sie sprechen hier eigenartigerweise nur von den Lehramtsstudierenden. Dabei wollen Sie eine intensive Beratung an den Anfang des Studiums setzen, damit die Studierenden herausfinden können, ob dieser Beruf auch der richtige ist. Sie stellen dem Studierenden einen Mentor zur Seite für die vier oder fünf Jahre Studium, die er an der Universität verbringt. Anschließend setzen Sie noch eine Maßnahme drauf: Wenn er im Beruf ist und zwei Jahre Referendariat hinter sich gebracht hat - also in der Regel sieben Jahre Ausbildung -, braucht er Ihrer Meinung nach auch noch ein vierjähriges, engmaschiges Stützsystem in Form von Fortbildungs- und Einführungsprogrammen.

Wenn Sie das jetzt zusammenrechnen, stellen Sie fest, dass Sie diese Personen, um sie zu Lehrern auszubilden, fünf plus zwei plus vier, also insgesamt elf Jahre ihres Lebens begleitet haben. Ich weiß nicht, ob das nicht vielleicht ein bisschen übertrieben ist. Ich habe von unseren Studierenden einen ganz anderen Eindruck; sie wirken auf mich sehr selbstständig. Man braucht schon ein Stützsystem, aber nicht in dieser Form, die den Anschein erweckt, als ob wir sie am Gängelband durch das Studium, durch die Phase des Berufseintritts und sogar durch das ganze Leben führen müssten. An dieser Stelle traue ich unseren Studierenden sowie unseren Lehrerinnen und Lehrern sehr viel mehr zu. - So weit zum CDU-Antrag.

(B) Dann noch ein paar Anmerkungen zu dem FDP-Antrag! Sie haben hier Forderungen aufgestellt, die Sie finanzpolitisch in keiner Weise verantworten können.

Ich mache das an zwei Beispielen deutlich. Zum finanztechnischen Aspekt: Sie sagen, dass wir die Lehrerarbeitszeit überdenken müssen. Vermutlich fordern Sie eine Verkürzung der Lehrerarbeitszeit. Sie müssen einfach einmal ausrechnen, dass, wenn 40.000 Grundschullehrer eine Unterrichtsstunde weniger pro Stelle arbeiten, das 1.500 zusätzliche Stellen ergibt. Multipliziert mit 50.000 Euro im Jahr macht das 75 Millionen Euro im Jahr nur für diese Maßnahme. Ich finde, man muss immer fair beim Umrechnen sein.

Außerdem fordern Sie immer wieder die Abschaffung des bedarfsdeckenden Unterrichts. Dazu drei Anmerkungen: Mittlerweile ist es bekannt, dass man den bedarfsdeckenden Unterricht auch in Fachkreisen sehr schätzt. Es gibt kaum ein Land, in dem dieser Unterricht nicht stattfindet.

(Zuruf von Michael Solf [CDU])

- Herr Solf, nun regen Sie sich nicht so auf. In Bayern gibt es 16 Stunden bedarfsdeckenden Unterricht. Wir haben das etwas anders verteilt. Nun regen Sie sich nicht so auf; sonst gucken Sie doch auch immer nach Bayern.

An dem FDP-Antrag hat mich nicht zuletzt wirklich geärgert, dass Sie, wenn es um die Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs geht, nur über Geld reden. Sie haben den gesellschaftlichen Stellenwert dieses Berufes kein bisschen in den Fokus genommen. Das werfe ich Ihnen wirklich vor. Man kann so etwas nicht nur über Geld regeln.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Da sind wir immer wieder bei Gaga und bei Möllemann. Das ist ein Konglomerat von populistischen und unsoliden Forderungen. Ich wünsche mir, dass Sie das einmal wirklich ändern. Aber im Prinzip kann ich der FDP nur raten: Bleiben Sie bei Ihrem Arbeitsstil, er passt einfach zu Ihnen; er ist nämlich unsolide.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Frau Schäfer, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Ute Schäfer (SPD): Aber es ist vor allen Dingen die mangelnde Qualität der Arbeit, die mich bei der FDP kolossal ärgert.

Ich denke, wir haben einen ausgewogenen Gesetzentwurf eingebracht. Wir werden ihn heute in zweiter Lesung verabschieden, und ich bin sehr hoffnungsfroh, dass er für die Lehrerinnen und Lehrer in Zukunft viel Gutes und viel Neues bringt.

(Beifall bei der SPD)

(A) **Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Frau Schäfer. - Für die Fraktion der FDP hat jetzt Frau Pieper-von Heiden das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Schäfer, vorab: Haushaltsprioritäten werden dort gesetzt, wo man sie haben will. Wir wollen sie in der Bildung - so viel an dieser Stelle.

(Zuruf von der SPD)

- Lieber Herr Solf, der Antrag der CDU deckt vor allen Dingen die inhaltliche Reform der Lehrerausbildung ab, der die FDP in vielen Punkten zustimmen kann. Nur am Rande befasst er sich mit der organisatorischen Reform der konsekutiven Ausbildung. Von zentraler Bedeutung für eine gestufte Lehrerausbildung ist es allerdings, dass es keine Abkoppelung der Fachwissenschaft von der Didaktik und der Pädagogik geben darf. Diese Bereiche müssen künftig aufs Engste verzahnt werden, egal wie das Studium letztlich organisiert ist.

(B) Zurück zu den Inhalten. Dass Lehrerausbildung schulformbezogen stattfinden soll, findet unsere Zustimmung. Das will auch die FDP. Dass Studienpläne und Studieninhalte gründlich zu überarbeiten sind, dürfte auch jedem klar sein. Aber dass angehende Lehrer künftig schwerpunktmäßig in ihrem Studium völlig andere, sprich: zusätzliche, Qualifikationen erwerben müssen als bisher, vermisste ich in dem Antrag der CDU. Davon ist an keiner Stelle die Rede.

Heute mangelt es doch daran, dass Lehramtsstudenten z. B. neben dem Erwerb von Fachwissen, Fachdidaktik und Pädagogik vor allem auch in der Lage sein müssen, erfolgreiche Lerntechniken und Lernstrategien an die Schüler weiterzugeben.

Dass Unterricht zukünftig größere Handlungsorientierung aufweisen und es eine völlig andere Gewichtung zwischen lehrer- und schülerzentriertem Unterricht geben muss, ist wohl auch klar. Das setzt profunde pädagogische und psychologische Kenntnisse voraus, die es erlauben, den Lerntyp, den der jeweilige Schüler verkörpert, einzuschätzen. Denn: Jedes Kind lernt anders!

Künftig muss es eine Verlagerung der Schwerpunkte in der Lehrertätigkeit geben. Der Lehrer der Zukunft ist Coach, Moderator und pädagogi-

(C) scher Begleiter eines weitgehend selbst gesteuerten Lernprozesses der Schüler. Last but not least vermisste ich einen Hinweis auf die Notwendigkeit des Erwerbs von Diagnosefähigkeit angehender Lehrer bezüglich der Einordnung der ihnen anvertrauter: Schüler.

Ich ahne es schon: Frau Löhrmann, wenn Sie an dieser Stelle von "Individualisierung" sprechen, dann beziehen Sie das auf eine bestimmte Ebene. Ich beziehe es auf alle Ebenen, angefangen ganz unten bis hin zur Spitze der Begabungsskala. In Finnland und Kanada beispielsweise werden in den Schulen kognitive Tests durchgeführt, anhand derer die Kinder ihrer Befähigungsgruppe zugeteilt werden. Eine ständige Überprüfung durch die Lehrer ermittelt, ob das Anforderungsprofil jeweils noch stimmt. Demzufolge kennen sowohl die finnischen wie auch die kanadischen Lehrer ihre Kinder sehr viel besser als die Lehrer hierzulande. An dieser Stelle haben wir kräftigen Nachholbedarf.

Auf all diese wichtigen Zukunftsaufgaben müssen wir passende Antworten geben. Das ist die eigentliche Herausforderung an die Reform der Lehrerausbildung: Sie muss grundlegender und curricularer Natur sein und eine andere Schwerpunktsetzung vornehmen als bisher. Ich hoffe insofern auf eine konstruktive und an den Notwendigkeiten orientierte Beratung des CDU-Antrags in den Ausschüssen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

(D) **Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden. - Für die Landesregierung hat jetzt Frau Behler das Wort. Bitte schön.

Gabriele Behler, Ministerin für Schule, Wissenschaft und Forschung: Ich will zunächst eine Anmerkung zur Situation an den Hochschulen und dort speziell den Zentralbereichen "Allgemeine Pädagogik" bzw. "Allgemeine Didaktik" machen. In Ihrem Antrag redet die CDU in dem Zusammenhang von einem administrativen Kahlschlag. Ähnlich klang es eben auch bei einer Wortmeldung durch. Lassen Sie mich das Problem einmal auf die realen Zahlen zurückführen:

1992 hatten wir es auf diesem Feld mit 386 Stellen zu tun. Im Jahre 2001 sind es

(Ministerin Gabriele Behler)

- (A) 375 Stellen. Ich finde es zwar falsch, die Stellenzahl zu reduzieren; wenn Sie allerdings bei einer Rückführung von 386 auf 375 von einem "Kahlschlag" sprechen, muss ich Sie natürlich nach dem Maßstab fragen, den Sie hier anlegen. Finden Sie nicht auch, dass das ein bisschen kleinkariert und lächerlich ist?

(Edgar Moron [SPD]: PISA lässt grüßen!)

Dann muss man natürlich nach den Gründen fragen. Es gibt Inhaber von Stellen, die einstmals für Zwecke der Lehrerausbildung eingerichtet worden sind, die sich - nachdem sie diese Stellen unter diesen Vorzeichen bekommen haben - aus der Lehrerausbildung zurückziehen. Es gibt auch Professoren, die für Fachdidaktik berufen worden sind, sich dann aber nach der Berufung auf die Fachwissenschaften konzentrieren.

An der Stelle sollen wir einschreiten, fordern Sie. - Das Geschrei auf Ihrer Seite möchte ich hören, wenn wir in dem Zusammenhang dann von einer Steuerung der Hochschulen sprechen! - Soweit zu diesem Thema und der Seriosität mancher Anmerkungen.

- (B) Wir haben gehandelt und deutliche Zeichen gesetzt. Das haben Sie kritisiert. Wir waren nicht bereit, jede Art tatsächlicher oder vermeintlicher Qualität der Lehrerausbildung - auf welchem Niveau auch immer - zu akzeptieren. Aus dem Grund haben wir auch zwei Standorte geschlossen. - Das fand auch nicht Ihre Billigung. So durfte es auch nicht sein! - Ein bisschen mehr Wahrhaftigkeit und Redlichkeit täte uns insgesamt bei der Debatte um dieses Thema gut.

Ich möchte auf ein weiteres Thema inhaltlich eingehen: Frau Ley und Herr Stahl, Sie haben - wenn ich Sie richtig verstanden habe - im Grunde für ein Modell plädiert, bei dem man die Lehrerausbildung an einer Universität in einem eigenen Fachbereich, den Sie mitunter "School of Education" nennen, zusammenfasst. Aus fachlichen Überlegungen heraus halte ich diesen Ansatz für absolut verfehlt, speziell vor dem Hintergrund des Vergleichs der Hochschulen in unserem Land, die entsprechende Erfahrungen auf dem Gebiet gemacht haben.

Ich will das kurz begründen: Folge ist nämlich immer, dass Fachwissenschaft und Fachdidaktik von der Lehrerausbildung abgekoppelt werden

oder aber die Fachwissenschaft von der Fachdidaktik abgekoppelt wird. Das ist strukturell gesehen ein viel größeres Risiko als manch anderer Ansatz. Fachlich gesehen ist die Debatte spannend. (C)

Wir denken bestimmt alle an dieselbe Hochschule, die das ähnlich organisiert hat. Aus meiner Sicht sprechen deren Ergebnisse allerdings nicht dafür, dass auf diesem Weg Qualität gesteigert wird. Es muss vielmehr Aufgabe aller Fachwissenschaften sein, bei denen es eine Korrespondenz zur Lehrerausbildung gibt. Dieses Ziel müssen wir zu erreichen versuchen.

Als Instrument hierfür haben wir nicht nur die Zielvereinbarung entwickelt, die auf dem Papier steht. Zur Zielvereinbarung gehört nämlich auch noch die kontinuierliche Evaluation und damit auch ein Prozess, bei dem regelmäßig nach dem Fortschritt in der Qualität der Lehrerausbildung an der einzelnen Universität gefragt wird: Ist dieser Qualitätsfortschritt tatsächlich messbar? - Kann er überprüft werden? Sollte das nicht möglich sein, ist nach Ablauf der Zielvereinbarung der Zeitpunkt gekommen, entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Es muss und wird so bleiben, dass Handlungsfähigkeit gewährleistet ist, es also nicht dem Belieben oder einzelnen Zufallsentscheidungen überlassen bleibt. (D)

Sie haben - das als weitere Anmerkung - vehement dafür plädiert, die Fachhochschulen einzu beziehen. Ich bitte Sie ganz ernsthaft, diese Debatte auch in den eigenen Reihen zu führen: Wollen wir an den Fachhochschulen tatsächlich Lehrerausbildung haben? Mir schallt ganz etwas anderes entgegen. Dabei geht es nicht nur um die nachvollziehbaren Sorgen der Berufsorganisationen um die Eingruppierung. Es ist gutes Recht dieser Berufsorganisationen, solche Sorgen zu haben. Das ist legitim.

Darüber hinaus geht es aber auch noch um andere Fragen. Vergewenwärtige ich mir, wie kritisch diese Zusammenhänge auch in Ihren eigenen Reihen betrachtet werden, dann bekommen wir konstruktive Antworten im Zusammenspiel mit den Beteiligten und ihren Organisationen nur dann hin, wenn wir die Thematik von Besoldungsfragen sachlich richtig entkoppeln und keine Qualitätseinbußen in Kauf nehmen müssen oder Gefahr laufen, sie in Kauf zu nehmen. Auch das muss gesagt werden.

(Ministerin Gabriele Behler)

- (A) Eine vierte und letzte Anmerkung: die empirische Bildungsforschung. Sie haben so Recht, Herr Stahl, aber es ist wieder einmal so wie bei dem Wettlauf zwischen dem Hasen und dem Igel: Ich bin schon da. Wir haben die Arbeitsgemeinschaft Empirische Bildungsforschung längst gegründet, und wir sammeln die unterschiedlichen Projekte im Land. Natürlich ist das richtig und notwendig, und ich gehöre zu denjenigen, die es immer bedauert haben, dass diese Ausrichtung in der Bildungsforschung in Deutschland so wenig entwickelt worden ist. Aber eine Anmerkung erlauben Sie mir, Herr Stahl! Es wäre doch möglich gewesen, in den vielen Jahren auch Ihrer Verantwortung dafür zu sorgen. Dann müssten wir heute nicht so viel nacharbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur **Abstimmung**. Wir haben vier Abstimmungen vorzunehmen.

- (B) Ich lasse zunächst abstimmen über den **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2732**. Die antragstellende Fraktion hat entgegen dem Ausdruck in der Tagesordnung um direkte Abstimmung gebeten. Wir kommen also zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags in **Drucksache 13/2732**. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **abgelehnt**.

Ich lasse abstimmen über die **Beschlussempfehlung** des Ausschusses für Schule und Weiterbildung **Drucksache 13/2747** mit der Empfehlung, den Antrag der Fraktion der FDP **Drucksache 13/1864** abzulehnen. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Antrag ist ebenfalls mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **abgelehnt**.

Nunmehr kommen wir zur Abstimmung über die **Beschlussempfehlung** des Ausschusses für Schule und Weiterbildung **Drucksache 13/2751** einschließlich der Berichtigung **Drucksache 13/2751** mit der Empfehlung, den Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksache 13/2084** in der Fassung

- der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. (C)
Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **angenommen**. Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung angenommen.

Nunmehr haben wir noch abzustimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/2775**. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **angenommen**.

Ich rufe auf:

4 Institutionalisierte Sprachförderung in nordrhein-westfälischen Kindertageseinrichtungen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2724

(D)

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Mahlberg für die antragstellende Fraktion das Wort. Bitte schön.

Thomas Mahlberg (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke, der Antrag spricht für sich. Er enthält eine Zweiteilung. Darauf möchte ich hinweisen, weil das Thema Sprachförderung allzu sehr dazu verleitet, nur im Zusammenhang mit Migration behandelt zu werden. Das ist nicht richtig. Insbesondere in Punkt 3 wird noch einmal sehr eindringlich darauf hingewiesen, dass wir in den Kindertagesstätten und in der Familienpolitik insgesamt feststellen, dass es auch mit der Sprachkompetenz von aus deutschen Familien stammenden Kindern hapert. Wenngleich dies sicherlich das kleinere Problem auf diesem Feld ist, soll noch einmal darauf hingewiesen werden, dass Sprachkompetenz sich nicht nur an dem Aspekt "Migrationshintergrund" festmacht.